Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 15.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Wilhelmstraße 30/31.
Fernsprecher:
Schriftleitung: Moskendorf 4783, 4784, 4785, 4786, 4787, 4788.
Geschäftsstelle: Moskendorf 5980, 5981, 5982, 5983, 5984, 5985, 5986, 5987, 5988.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 624. Freitag, 19. Dezember 1919. Morgen-Ausgabe. 59. Jahrgang.

Italien und Oesterreich.

Eigene Drahtmeldung.

d. Lugano, 18. Dezember.

Der „Corriere della Sera" beschäftigt sich in sehr bezeichnenden Ausführungen mit der allgemeinen politischen Lage Europas, wie sie nach den Londoner Besprechungen zu erwarten sei. Das Mailänder Blatt sagt infolge der zurückhaltenden Politik der Vereinigten Staaten eine scharfe Betonung der französisch-englischen Sicherheitspolitik voraus. Ein Ausfluß dieser Bestrebungen sei darin zu erblicken, daß Oesterreich neuerdings wiederum die Vereinigung mit Deutschland verboten worden sei. Dieses Verbot richte sich nicht zuletzt gegen die italienischen Versuche, durch Begünstigung des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland die Errichtung eines Bundes der Donaustaaten zu verhindern. Italien sei von Anfang an überzeugt gewesen, daß ein auf sich selbst gestelltes Oesterreich auf die Dauer nicht existieren könne. Der Anschluß an Deutschland erschien Italien daher als sicherste Gewähr gegen die Neugründung der Doppelmonarchie. Tatsächlich habe es in den letzten Wochen den Anschein gehabt, als ob es der italienischen Diplomatie gelungen sei, die Verbündeten in dieser Frage von der Berechtigung des italienischen Standpunktes zu überzeugen.

Daß die Bestätigung des Anschlußverbotes einige Tage nach den französisch-englischen Besprechungen erfolgte, wird sogar als Vorbedingung der Oesterreich zu gewährenden Hilfe gedeutet würde, sprüche noch einer Vermutung des „Corriere della Sera" deutlich genug für ihren Zweck. Dieses Vorgehen und ebenso die Tatsache, daß die Errichtung eines gemeinschaftlichen Generalstabs bei den Londoner Verhandlungen in Abwesenheit des italienischen Außenministers beraten worden wäre, sei natürlich nicht geeignet, die Politik des herzlichen Zusammenarbeitens zwischen Italien und Frankreich zu fördern. Wenn die italienische Delegation dem Beschlusse des Obersten Rates trotzdem beigestimmt habe, so sei dies augenscheinlich geschehen, um den gefundenen Anschluß Triests an Deutschland zu verhindern. An der Durchführung dieses Anschlusses hätte Italien schon deshalb kein Interesse, weil ja die sich daraus ergebende neue Schwächung Oesterreichs die Gefahr der Vereinigung mit andern Donaustaaten näherrücken müsse. Vielleicht erblicke die Delegation eine weitere Bürgschaft gegen diese Gefahr in der Formel, worin die direkte und indirekte und wirtschaftliche Unabhängigkeit Oesterreichs gefordert werde.

Die Verhandlungen in Paris.

Drahtmeldung.

Paris, 18. Dezember.

Die Sachverständigen der alliierten Großmächte und Deutschlands, die sich mit der Frage der Lieferung von Hafenmaterial beschäftigen, haben heute keine Sitzung abgehalten. Wie die Pariser Morgenblätter melden, läßt die Lage der Verhandlungen eine Einigung erwarten.

„Journal" sagt, die Entscheidung hänge jetzt hauptsächlich von der Meinung der Engländer ab, da sie die Frage hauptsächlich interessiere. Deutschland hätte bewiesen, daß es im besten Falle imstande sei, 180000 Tonnen Hafenmaterial abzuliefern, und vorgeschlagen, noch 50000 Tonnen neues Hafenmaterial zu bauen.

„Matin" erklärt, die deutsche Statistik sei von den interalliierten Sachverständigen angezweifelt worden, die Deutschen seien aber in der Lage gewesen, überzeugende Beweise dafür zu bringen, daß ihre Behauptungen in betreff des verfügbaren Hafenmaterials in Deutschland den Tatsachen entsprechen, unter diesen Umständen hätten sich die alliierten Sachverständigen genötigt gesehen, den Vorschlag der deutschen Regierung, die Lieferung des Hafenmaterials um die Hälfte zu ermäßigen, anzunehmen. Das sei aber nur der Beginn einer Einigung. Es handle sich jetzt darum, die Kompensationen zu bestimmen, die Deutschland noch darüber hinaus liefern müsse.

„Petit Parisien" sagt, die deutschen Sachverständigen hätten auch erklärt, Deutschland könne die leichten Kreuzer nicht entbehren, da es sie zur Küstenbewachung nötig habe. Sie hätten dafür im Bau befindliche große Kriegsschiffe angeboten, aber dieser Vorschlag werde jedenfalls nicht angenommen werden. Der Gang der Verhandlungen zeige jedoch, daß eine Einigung in der einen oder anderen Form nicht unmöglich sei.

Das Programm des belgischen Kabinetts.

Eigene Drahtmeldung.

St. Haag, 16. Dezember.

In der belgischen Kammer hat der Premierminister de la Croix eine Rede gehalten, in der er sein Programm entwickelte. Die Hauptpunkte sind: Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer vom 21. Lebensjahr ab (für Frauen bleibt die Entscheidung dem Parlament überlassen). Die Regierung wird die Sprachenfrage sofort in Angriff nehmen. Die Militärdienstpflicht wird auf ein Mindestmaß beschränkt. Eine neue Einkommensteuer wird vorbereitet, eine Sondersteuer auf die Kohlenminen gelegt und die Kohlenfelder werden in staatliche Verwaltung genommen. Die Regierung wünscht, sich in dieser Gesetzgebung nach den Beschlüssen der Arbeitskonferenz in Washington zu richten. Die Handelsbeziehungen zu den Nachbarn werden sofort aufgenommen werden. Belgien wird sich künftig in seiner Politik hauptsächlich nach den westlichen Bundesgenossen orientieren, ohne jedoch die Bürgschaft des Völkerbundes aus dem Auge zu verlieren. Die belgische Regierung wünscht ein Abkommen mit Frankreich und England zu schließen, das die Landesverteidigung sicherstellen soll, und erstrebt ferner noch wirtschaftliche Abkommen mit den Verbündeten, welche die freundschaftlichen Beziehungen bessern und die Wiederaufnahme der belgischen Industrie und des belgischen Handels gleichzeitig würden.

Schwerer Sturm im Atlantik.

New York, 18. Dezember. (Havas.) Der furchtbare Sturm, der seit mehr als einer Woche im Norden des Atlantischen Ozeans wütet, hat die Kabel zerrissen und die Schiffahrt gestört. Im Hafen von New York werden mehrals hundert Schiffe erwartet, die Verspätungen von 3 bis 10 Tagen haben. Fünfzehn dieser Schiffe sind mit ungefähr 20000 Passagieren unterwegs.

Amerika und der Friedensvertrag.

Der amerikanische Senat vor dem Kompromiß.

Eigene Drahtmeldung.

St. Haag, 18. Dezember.

Nach einer Drahtung aus Washington wurde vom Senat eine zur Hälfte aus Republikanern und zur andern Hälfte aus Demokraten bestehende nichtoffizielle Kommission gebildet, die das Kompromiß über den Friedensvertrag vorbereiten soll. Entweder Lodge oder Hitchcock werden in dieser Kommission vertreten sein. Ihre Mitglieder hoffen, nunmehr einen Entwurf für ein Kompromiß zustandebringen und für die Vorbehalte, die für beide Parteien annehmbar sind. Die meisten Demokraten sind für ein Kompromiß. Der Demokrat Underwood, ein Konkurrent Hitchcocks in der Führung der Partei, erklärte sich zugunsten der Ratifikation, selbst, wenn es nötig sein sollte, den Völkerbundsvertrag aus dem Friedensvertrag zu streichen. Man müsse Frieden haben, sonst stehe es für den Handel Amerikas schlecht. Man müsse gemäßigte Vorbehalte suchen und diese die Vorbehalte Lodges nicht annehmen: das ganze Land fordere immer dringender die Ratifikation. Underwood hat einen Plan ausgearbeitet, wodurch es, wie er hofft, möglich sein wird, noch vor Weihnachten zu ratifizieren.

Chamberlain für Wiederaufrichtung des europäischen Wirtschaftslebens.

London, 18. Dezember. (Havas.) Bezüglich der Frage des Kredits und Wechselkurses führte Chamberlain gestern im Unterhaus aus, alle Nationen müßten sich über eine große internationale Kraftentfaltung einigen. Die Neutralen und die Vereinigten Staaten müßten zu dieser Entwicklung am meisten beitragen. Die englische Regierung sei geneigt, mit den Alliierten und den Vereinigten Staaten zu verhandeln zur Regelung dieser Lasten. Sie schlage das Prinzip eines Garantiekredites vor. Dies würde die Wiederaufrichtung des kommerziellen und wirtschaftlichen Lebens in Europa zum Ziel haben. Es sei aber notwendig, daß auch die andern Mächte mithülfen bei dieser Methode, die zwar nicht plötzlich, aber doch allmählich die Wunden des Krieges heilen würde.

Die Ausfuhr von Brennstoffen aus England.

London, 18. Dezember. (Havas.) Vom 1. Januar ab wird die Ausfuhr für Kohle, Koks und andere im Vereinigten Königreich produzierte Brennstoffe freigegeben werden. Von dieser Bewilligung ist die Ausfuhr nach Rußland, Oesterreich, Ungarn, Türkei, Deutschland und Bulgarien ausgenommen. Für die übrigen Ausfuhren ist eine vorherige Bewilligung des Staatskontrolleurs oder seiner Vertreter erforderlich. Aus dieser Maßnahme geht hervor, daß sich die Regierung die Kontrolle über die Ausfuhr dieser Produkte vorbehält.

Bolschewistische Banden in Litauen.

Drahtmeldung.

Königsberg i. Pr., 18. Dezember.

Das lettische und litauische Gebiet ist seit dem 16. früh vollkommen von allen Teilen der ehemaligen westrussischen Armee geräumt, die deutsche Legion und die Eiserne Division haben ihren Abtransport nach dem Reichsinnern begonnen. Verstärkungstruppen aus dem Reich werden in nächster Zeit eintreffen.

Nach übereinstimmenden Meldungen des Grenzschutzes ist die litauische Grenze von Tauroggen bis Russisch-Krottingen an allen Uebergängen mit litauischen Posten besetzt. Die Grenzpostenkommandos Olszany wurden von Banden ohne Erfolg angegriffen. In Litauen herrscht allgemeine Bandenbildung bolschewistischer Art, zahlreiche Bitten um Schutz vor Banden gelangen an die Eiserne Division.

Der neue Generalkommissar im Elsaß.

Ueber Mannheim erfahren die „P. N." aus Straßburg, daß man dort mit dem Rücktritt Millerands als Generalkommissar Frankreichs für Zaunar rechnet. Er soll als Nachfolger Clemenceaus ausersehen sein. Sein Nachfolger in Straßburg soll kein Politiker, sondern ein Verwaltungsbeamter werden, wahrscheinlich ein Abkömmling einer elsaßischen Familie.

Deschanel Kammerpräsident.

Paris, 18. Dezember. (Havas.) Deschanel wurde mit 476 von 506 Stimmen zum Kammerpräsidenten gewählt.

R. Basel, 18. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die französische Deputiertenkammer hat gestern 502 Mandate, also mehr als ¾, für gültig erklärt. Die Kammer ist somit beschlußfähig und kann heute das definitive Bureau einschließlich des Präsidenten ernennen. Damit ist dann die Kammer konstituiert und kann morgen mit der Finanzdebatte die Arbeiten der neuen Legislaturperiode beginnen.

Henderson gegen das Defensivbündnis.

Paris, 18. Dezember. Nach einer Meldung des „Journal" aus London hat sich Henderson gegen eine französisch-englische Allianz ausgesprochen. Frankreich habe einen außerordentlichen Schutz unter anderen Formen dadurch erhalten, daß die Abrüstung 15 Jahre lang besteht und kann realisiert werden. Anderes sei Deutschland entzogen, Frankreich dagegen behalte die allgemeine Wehrpflicht bei und nehme in Europa eine vorherrschende Stellung ein.

Die Kosten der Adriafrage.

d. Lugano, 18. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Wie der italienische Schatzminister Schanzer in der Kammer mitteilte, kostete die unglückliche Adriafrage der italienischen Regierung mehr als eine halbe Milliarde im Monat.

Die Sicherung unserer Ernährung

Die Ablieferungsprämien für Brotgetreide und Kartoffeln.

Den „B. N. N." wird von zuständiger Stelle mitgeteilt: Unter dem 13. Dezember 1919 hat die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats und des volkswirtschaftlichen Ausschusses der Nationalversammlung eine Verordnung über Zahlung von Ablieferungsprämien für Brotgetreide, Gerste und Kartoffeln erlassen. Bei Getreide wird dem Erzeuger, wenn er 70 v. H. seines Lieferungssolls erfüllt hat, für jeden Zentner der von ihm abgelieferten Gesamtmenge an Brotgetreide oder Gerste eine Prämie gezahlt, die mit 2 ℳ beginnt und in Stufen von zunächst 10, alsdann von 5 % um zwei bezw. 2,50 ℳ steigend, bei Erfüllung von 110 v. H. des Lieferungssolls 15 ℳ erreicht. Die Zahlung der Prämie erfolgt bei Getreide rückwirkend für jeden Zentner, den der Erzeuger überhaupt abgeliefert hat. Bei Kartoffeln wird dem Erzeuger, der 50 v. H. seines Ablieferungssolls erfüllt hat, für jeden darüber hinaus gelieferten Zentner eine Prämie von 2 ℳ gezahlt. Diese Prämie erhöht sich nach Erfüllung von je zehn weiteren Prozenten des Ablieferungssolls um je 50 Pf. Für jeden nach Erfüllung des gesamten Lieferungssolls noch abgelieferten Zentner beträgt die Prämie 5 ℳ. Die erhöhten Sätze gelten auch für die Erzeuger, die bei Erlaß der Verordnung bereits 50 % geliefert haben. Die Prämien werden durch den Kommunalverband gezahlt, die durch die Prämie entstehenden Aufwendungen kann den Verbrauchern getragen werden. Bei Getreide werden die von den Kommunalverbänden verausgabten Beträge diesen durch die Reichsgetreidestelle erstattet. Die der Reichsgetreidestelle durch die Prämienzahlung entstehenden Kosten werden durch eine Erhöhung der Mehlpreise gedeckt, die unter Wegfall der bisher gewährten Reichszuschüsse 4,50 ℳ für den Doppelzentner beträgt. Die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände zahlen der Reichsgetreidestelle 28 ℳ auf den Doppelzentner des von ihnen zur Selbstwirtschaft für die Zeit nach dem 31. Dezember 1919 erworbenen Getreides, für jeden nach dem 31. Dezember 1919 an die Bedarfsstellen gelieferten Zentner Kartoffeln wird von ihnen ein Zuschlag von 2,50 ℳ zu dem bisherigen Kartoffelpreise an den liefernden Kommunalverband bezahlt. Am Ende der Lieferungsperiode wird die Verrechnung bei einer Verrechnungsstelle stattfinden.

*

Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung setzte seine Beratung über den Entwurf einer Verordnung über Zahlung von Ablieferungsprämien für Brotgetreide, Gerste und Kartoffeln fort.

Ein unabhängiger Sozialdemokrat wandte sich gegen die Vorlage und empfahl Zwangsablieferungsgenossenschaften. Ein demokratischer Abgeordneter bemerkte, daß die bisherigen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse ungenügend waren. Man müsse die Vorlage annehmen und nebenher eine Kommission einsetzen zur Untersuchung der Produktionskosten. Der Reichswirtschaftsminister erklärte, daß man um die Vorlage nicht herumkomme. Der Reichsarbeitsminister werde die Unternehmer veranlassen, Lohnerhöhungen vorzunehmen, damit für die Arbeiter die erhöhten Lebensmittelpreise ausgeglichen würden. Ein Abgeordneter der Deutschen Volkspartei trat für die Vorlage ein, verlangte aber, daß zukünftig nicht noch einmal Prämien gezahlt würden; man solle von vornherein gerechte Preise festsetzen. Nach weiterer Debatte wurde die Regierungsvorlage unverändert angenommen, ebenso ein Antrag der Sozialdemokraten, wonach eine Kommission zur Prüfung der landwirtschaftlichen Produktionskosten eingesetzt werden soll. Der Ausschuß nahm dann noch die Verordnung zur Förderung der Zuckererzeugung und des Zuckerrübenanbaues unverändert an.

Der Streik der Gastwirte.

Der Proteststreik der Gastwirte hat im Laufe des gestrigen Tages noch eine Steigerung erfahren, da auch die Mehrzahl der verhältnismäßig wenigen Gastwirtschaften, die Vormittags ihre Lokale noch offen hielten, sich ebenfalls der Bewegung angeschlossen haben. Zustimmungserklärungen erhielten die Gastwirte auch aus vielen großen Städten vor so Breslau, Dresden, Frankfurt usw. Diese Nachrichten aus der Provinz lassen darauf schließen, daß die Bewegung sich über das ganze Reich ausdehnen wird. Recht unangenehm wird der Teil der Bevölkerung betroffen, der auf die Speisung in den Gastwirtschaften angewiesen ist. Man versucht es, so gut es geht, mit der „Selbstversorgung" aus den Lebensmittelgeschäften, doch bleibt dies in fast jedem Falle ein nur recht unzureichender Ersatz für die gewohnte Restaurationsspeisung. Besonders in Mitgliederschaften gezogen waren die Hotelgäste, die über Lebensmittelkarten nicht verfügten, die denn auch ihrer Mißstimmung oft in recht erregter und drastischer Weise Ausdruck gaben. Die Fremden, die von dem Streik betroffen werden, werden die „Fremdenstadt" Berlin wohl kaum in gutem Andenken behalten.

Die Verhandlungen der aus dem Syndikus des Deutschen Gastwirtsverbandes, Rechtsanwalt Dr. Weisfam, dem Vorsitzenden des Verbandes der Cafe- und Schankwirte für Berlin und Brandenburg Otto Strauß und Herrn Rechtsanwalt vom Interessenverband für das deutsche Gastwirtsgewerbe bestehenden Kommission mit den Behörden, die bereits gestern stattfinden sollten, werden wohl erst im Laufe des heutigen Vormittags zustande kommen. Es wird gehofft, daß diese Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsamt und dem Reichsfinanzamt zu einem guten Ergebnis führen. Findet sich ein gangbarer Weg nicht, dann ist nach Erklärungen der Gastwirtsorganisation mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß es am Januar zu einer völligen Stillegung der Gastwirtsbetriebe im ganzen Reiche kommt.

Abrüstung und innere Ordnung.

Eine Unterredung mit General Reinhardt.

Der Chef der Heeresleitung, General Reinhardt, hatte die Gnade, hatte die Freundlichkeit, eines unserer Redaktionsmitglieder zu empfangen.

Zugleich mit der Neueinrichtung der Reichswehr und der Einbeziehung der einzelstaatlichen Kontingente hat General Reinhardt Funktion und Titel eines preußischen Kriegsministers mit denen eines Chefs der Heeresleitung vertauscht. Nur noch für einen Teil der Heeresleitung dient als Quartier das alte preußische Kriegsministerium in der Leipziger Straße. Hier führen die Räume in die glänzenden Zeiten preußischer und deutscher Geschichte zurück, besonders der Saal, in dessen Wandtäfelung die Bilder aller preußischer Kriegsminister seit Friedrich Wilhelm I. und Friedrich dem Großen eingelassen sind. Charakterköpfe wie Boyen und Scharnhorst erinnern an ruhmreiche Ueberlieferungen, an die Entwicklung aus den kleinen Anfängen der schlagfertigen Söldnertruppe zu dem umgetgetreten modernen Volksheere, das zuerst Frankreich als bestimmenden nationalen Faktor in die Geschichte der Völker geworfen hat. Die Bilder der Kriegsminister füllen alle Panelwände; die Entwicklung ist sämtlich abgeschlossen wie geschichtlich. Denn die Gegenwart kennt kein preußisches Heer mehr, sondern nur noch die Reichswehr. Diese stellt die gesamte Wehrmacht des deutschen Volkes von 1919 dar und soll eingeschränkt werden auf die Heeresstärke des kleinen Preußens von 1750. In Paris herrscht Nervosität, weil die Einwandung dem Verbande nicht schnell und nicht nachhaltig genug durchgeführt wird. In Einwohnerwehren, Sicherheitspolizei, in Zeitfreiwilligen sieht der Verband Verstöße, die Vertragsbestimmungen zu umgehen. Eben das führt mich heute zum Chef der Heeresleitung.

Die Grundlage der Besprechung bildet ein Artikel des „Temps" vom 8. Dezember. Er spricht von einem neuen bevorstehenden Schritt des Verbandes, der Deutschland zur Abrüstung bewegen soll, mit ist offenbar offiziös. Er verzeichnet die jetzige Stärke der Reichswehr auf 320000, die Reste des alten Heeres auf 80000 und die Freikorps auf 30000 Mann. Wie der Minister ausführt, richtet sich die Abrüstung nach den Artikeln 160 bis 163 des Friedensvertrages: innerhalb dreier Monate nach dem Inkrafttreten des Vertrages nach der Bestand auf 200000 Mann vermindert sein und darf am 31. März 1920 nur noch 100000 Mann betragen. Nachdem der Friede bisher nicht ratifiziert ist, fallen beide Termine für uns zusammen, oder richtiger, nur der zweite Termin hat praktische Bedeutung: die Einschränkung auf 100000 soll bis zum 1. April 1920 vollzogen sein. In sehr kurzer Zeit wird also ein Heer von Millionen auf einen verschwindenden Rest verkleinert. Die Schwierigkeiten werden einem bewußt, wenn man bedenkt, daß noch Hunderttausende Heeresangehöriger als Gefangene außerhalb der Grenze sind. Für ihre Rückführung, Versorgung und Abfertigung in den Durchgangslagern sind etwa 30000 bis 40000 Unteroffiziere und Mannschaften notwendig. Weiter befinden sich in Deutschland noch 200000 russische Gefangene, deren Entlassung nach Rußland in erster Linie der Verband selbst verhindert hat. Zu deren Bewachung sind etwa weitere 20000 Mann erforderlich. Wenn man also die Zahlen des „Temps" wörtlich, muß man diese Gruppen mit hinzurechnen. Eine genaue Abschätzung ist im übrigen nicht möglich, weil es sich um eine immer im Fluß befindliche Entwicklung handelt. Die Zahl 320000 mag geschätzt haben, als das Pariser Blatt seinen Artikel veröffentlichte. Heute wird die richtige Zahl zwischen 250000 und 300000 liegen. Die vom „Temps" als Reste des alten kaiserlichen Heeres angeführten 80000 Mann bezeichnet der Minister als im wesentlichen zutreffend. Es handelt sich hier hauptsächlich um die Abwicklungsstellen, die selbstverständlich nach dem Inkrafttreten des Friedens entsprechend tarifiert oder verschwinden werden. Zu den 30000 Mann, die der „Temps" als Freikorps aufführt, ist zu bemerken, daß es Freikorps gar nicht mehr gibt. Gemeint sein können allenfalls die damals noch nicht zurückgeführten baltischen Formationen, die aber aufgelöst werden, sobald sie in der Heimat sind.

Das Gespräch wendet sich nun den Zeitfreiwilligen zu, von denen der „Temps" sagt, daß sie den Bestand der Reichswehr verdoppeln. Diese Art der Bemerkung wird vom Minister als unzutreffend zurückgewiesen. Die ganze Reichswehr besteht ausschließlich aus Freiwilligen. Der Abgang erfolgt unter sehr harten Kündigungsfristen. Die Zeitfreiwilligen, die sich lediglich zur Aufrechterhaltung der Ordnung zur Verfügung stellten, wurden nur in Gefahrzeiten kasernenmäßig verwendet, wenn infolge mangelhafter Werbung oder stärkeren Kündigung Lücken entstanden waren. Sie sind in der Regel nur zur Auffüllung da. Der Minister betonte auch hier, daß mit den Zeitfreiwilligen keinerlei Umgehung des Vertrags beabsichtigt war, und daß ihre Verwendung in dem Augenblick aufhört, wo der Friede in Kraft tritt, falls die Verbandsstaaten ihren neuen Polizeiwert nicht anerkennen.

Der „Temps" fühlt sich dann weiter beschwert durch die Sicherheitspolizei, deren „zwei zu nehmende" Bewaffnung er besonders anführt: Handgranaten, Minenwerfer und Flieger stünden ihr genau so zur Verfügung wie den regulären Truppen. Der Zweck der Sicherheitspolizei ist ja, verbrecherische und anarchistische Elemente im Zaum zu halten. Da der Straßenkampf des vergangenen Winters lehrt, daß der Gegner über Waffen aller Art, bisweilen auch über Feldgeschütze und Flieger verfügt, so sind allerdings eben diese Waffen notwendig, um ihn zu bekämpfen. Besonders dient das Feldgeschütz und der Minenwerfer dazu, im Häuserkampf Menschenleben zu sparen. Flieger werden als und zu verwandt, um die Wahrstrecken zu beaufsichtigen. Aber der Minister betont, daß das Entscheidende hier im Umfang der Bewaffnung liegt. Diese reicht wohl aus für kleine Straßenkämpfe, die kriegerische Verwendung der wenigen Rohre und Flugzeuge ist aber gänzlich ausgeschlossen. Die Einwohnerwehren bezeichnet der Minister als so bewaffnet, wie das bei Bürgerwehren üblich ist, und wie es der Zweck, in dieser Zeit steigender Kriminalität Hab und Gut zu schützen, erfordert. Die werden bewußt sämtlich zu aufgestellt, wo es keine Sicherheitspolizei gibt, also in kleineren Städten und auf dem Lande. Daß die Reichswehr später die Aufgaben der Sicherheitspolizei übernehmen könnte, erklärt der Minister als völlig ausgeschlossen. Denn bei der Regelung, die der Verband getroffen hat, kann die Reichswehr für Städte über 100000 Einwohner kaum ein Bataillon stellen, und auf die Hauptstadt Berlin würde nur ein Regiment entfallen. In gleichem Zusammenhang hebt

der Minister ein wichtiges, erfahrungspsychologisches Moment hervor, daß nämlich die Leistungen der Polizei nicht unabhängig sind von der Truppenzahl, die vom Ort ist. Die gleiche Polizeitruppe leistet ganz anderes in dem Bewußtsein, gegebenenfalls Militär hinter sich zu haben, als wenn sie fürchten muß, sich im Ernstfalle auf Militär nicht stützen zu können. Der Minister macht schließlich noch eine andere wichtige Bemerkung, die Aussicht für die Zukunft eröffnet: die Einrichtungen zum Schutze der inneren Ordnung sind heute unentbehrlich, und reichliche Bewaffnung ist Voraussetzung ihres erfolgreichen Wirkens. Denn auch die Wuhrtörer sind kriegserfahren und daher waffenfunktig. Je weiter aber der Krieg hinter uns liegt, desto mehr werden sich auch die Aufgaben der Sicherheitsorgane vereinfachen.

Jedes Wort des Ministers beweist seine absolute Loyalität. Er will keine Tatsache verschleiern, keine Bestimmung umgehen. Der Vertrag ist unterschrieben; mit der Uebernahme seines Amtes hat sich General Reinhardt auf den Boden des Vertrages gestellt. Nur hält auch der Minister die Presse in Berlin und Paris nicht für das ausschließlich geeignete Mittel der gegenseitigen Verständigung über die praktisch sehr komplizierten Probleme der Räumung und der inneren Ordnung. Direkte Verhandlungen mit den Berliner Instanzen des Obersten Rates sind von deutscher Seite wiederholt nachgesucht worden. Wir wünschen, daß auch der Verband zu diesem naheliegenden und natürlichen Mittel greift. H. Kr.

Die Volksabstimmung in Oberschlesien.

Breslau, 18. Dezember. Vor kurzem wurde in Schlesien ein Gerücht mitgeteilt, nachdem die Entente an der Behaltung Oberschlesiens in seiner heutigen Wirtschaftsblöcke ein so großes Interesse habe, daß sie es nicht der Gnade eines Rates unter politischer Herrschaft aufsehen wolle. Der Vereinigten Verbänden heimatstreuer Oberschlesier und darauf hin von den verschiedensten Seiten, meist von Oberschlesiern im Reiche. Anfragen zugegangen, ob der Zusammen dieses der Abstimmungsberechtigt ist in diesem Falle überhaupt noch Zweck habe. Um allen einzelnen Irrtümern vorzubeugen, muß mit aller Entschiedenheit darauf hingewiesen werden, daß es sich lediglich um unbestätigte Gerüchte handelt. Daß die Entente besonders die englisch-amerikanische Kapitalismen mit Besorgnis einer unter polnischer Herrschaft mit Sicherheit zu erwartenden Minderung der oberschlesischen Produkt an entgegensehen, ist allgemein bekannt.

Ein finnisches Blatt für unsere Gefangenen.

Helsingfors, 17. Dezember. Die finnische Zeitung „Dagens Press" schreibt unter der Ueberschrift: „Eine Sache der Menschlichkeit":

Es ist eine Unerträglichkeit ohne Maß und Grenze, wenn man noch ein Jahr nach dem Waffenstillstand Hunderttausende von Männern, Gatten und Familienvätern in Gefangenschaft hält, wie es Frankreich tut. Die übrigen Länder haben nach Möglichkeit ihre Kriegsgefangenen in die Heimat zurückgeschickt. Die Verantwortung aber dafür, daß die Gefangenen in Frankreich noch nicht in die Heimat entlassen worden sind, fällt auf alle fingerlichen Mächte. Man muß fragt man sich, wie das sie beteiligende Volk Amerikas etwas derartiges mitmachen kann, — Amerika, das doch nicht aus Rachegefühl oder Gewinnsucht gegen den Krieg gezogen ist, sondern zur Aufrechterhaltung der Grundsätze der Menschlichkeit und der Freiheit. Finnland weiß, wie man fühlt, wenn die Macht höher gestellt wird als das Recht. Deshalb ist es seine Pflicht, gegen die jetzt ausgeübte Ungerechtigkeit und gegen die aller Menschlichkeit widersprechende Tatsache, daß die Kriegsgefangenen nicht freigegeben werden, zu protestieren.

Der rumänische Kronprinz in der Verbannung.

Das Budapester Blatt „Abderul" protestiert gegen die durch Beschl König Ferdinands erfolgte Internierung des Kronprinzen Carol II. in einer kleineren siebenbürgischen Ortschaft, wo er niemanden empfangen darf. Bekanntlich hatte sich der rumänische Kronprinz gegen den Willen seiner Eltern vermählt und später eine Thronverzichtserklärung abgegeben. König Ferdinand wollte aber seinem Sohn das Recht, über seine Kronprinzenrechte selbst zu entscheiden, nicht anerkennen und deutlich die Entscheidung in dieser Angelegenheit. Um den Kronprinzen von seiner Frau zu trennen, schreibt „Abderul", entschieb für den König, seinen Sohn in einer Mission nach Japan zu schicken. Der junge Kronprinz verteidigte aber diesen Plan, indem er sich eine Kugel in das Bein schoß. Der Kronprinz wurde dann gerichtlich von seiner Frau geschieden, aber Prinz Carol trennte sich trotzdem nicht von ihr. Man wurde er nach Siebenbürgen verschickt. Da aber Prinz Carol, nach der rumänischen Verfassung als zum Senator ist und ein Mitglied des Parlaments von diesen Arbeiten nicht herangezogen werden darf, verlangt der „Abderul" die sofortige Freilassung des Kronprinzen.

Das Möbelabkommen mit Frankreich.

Ueber das Möbelabkommen mit Frankreich, das in einer der letzten Sitzungen der Nationalversammlung von Unterstaatssekretär Lewald erwähnt wurde, waren verschiedentlige Gerüchte in Umlauf. Deshalb erscheint es um so zweckmäßig, die wesentlichen Punkte des Abkommens, soweit es die Interessen der aus Elsaß-Lothringen Vertriebenen betrifft, zu veröffentlichen.

Die französische Regierung wird (nach § 2) in einer für die Gerichte verbindlichen Form die Aufhebung der bestehenden Sequenzierungen deutscher Fahrnis in Elsaß-Lothringen und der am Tage des Abschlusses dieses Abkommens noch nicht durchgeführten Liquidationen anordnen und für die Zukunft in Elsaß-Lothringen die Anordnung von Sequestrierungen, Liquidationen und Requisitionen deutscher Fahrnis sowie die Abrufung deutschen Mobiliars an die Kriegsentschädigungsämter unterlassen.

Unter deutscher Fahrnis in Elsaß-Lothringen im Sinne dieses Abkommens ist alles von in Elsaß-Lothringen befindliche Fahrnis von deutschen Staatsangehörigen, die am 11. November 1918 im Besitze ihres Wohnsitzes oder Aufenthaltes hatten, oder diese bereits früher verlassen hatten, zu verstehen, soweit es die Fahrnis nicht betrifft zum Gebrauch für Industrie, Handel oder Landwirtschaftlichen Betrieb bestimmt ist. Insbesondere sind namentlich die Wohnungseinrichtungen, Hausgeräte, Geräte, Arbeitsgerätschaften, Leib- und Bettwäsche, kurzum alles, was zur Wirtschaftung des Hauses die ohne Sachen, die Bücher und wissenschaftlichen Schriftstücke sowie das wissenschaftliche und künstlerische Arbeitsgerät und die anderen Gegenstände, die ihm Besitzer zur persönlichen Ausübung seines Berufs oder einer nicht beruflichen Beschäftigung dienen. Hierbei ist unter zwischen Gegenständen, die zur Einrichtung eines Hauses oder ihrer Eigentümer dienen, und der Ausstattung von Wohnungen noch nicht der Berufsstellung oder sonstigen Betätigung der Eigentümer ein Unterschied zu machen.

Hinsicht ich der Fahrnis der deutschen Vereine wird die französische Regierung (nach § 3) die Aufgabe auf Beteiligung der unter § 2 bezeichneten Sachen mit Wohlwollen und unter Berücksichtigung der Dringlichkeit der einzelnen Fälle prüfen, soweit es sich um Stücke handelt, die für die Vereine oder der in Mitglieder als Mittenen, Wärmungen oder aus ähnlichen Gründen einen besonderen Gesamtwert haben.

§ 4 lautet: Es wird durch die deutsche und die französische Regierung eine gemischte Kommission von vier Mitgliedern, von denen jede Regierung zwei ernennt, in Kehl eingesetzt. Im Hinblick darauf, daß diese Kommission über Dinge zu entscheiden in Frankreich zu erfinden hat, wird der Vorsitz einem der beiden französischen Mitglieder übertragen. Ein deutsches Mitglied wird zum Vorsitzenden bestellt. Die Kommission ist für ihre Geschäftsordnung nicht fest und unterbreitet sie der Genehmigung der mit den gegenwärtigen Verhandlungen betrauten Delegation.

Der Kommission liegt ob, dafür zu sorgen, daß die Aufgabe der Gegenstände dieses Abkommens bis zu Fahrnis und deren Überführung nach Deutschland unter möglichst günstigen Bedingungen und im Geiste eines Abkommens bewirkt wird.

Zu diesem Zwecke nimmt die Kommission die Gesuche der betreffenden Eigentümer an, die Gestattung der Einzelne nach Elsaß-Lothringen sowie zur Freigabe ihrer Fahrnis entgegen und leitet sie an die zuständigen Behörden weiter.

Sie übernimmt die Herausgabe und Abbeförderung der Fahrnis. Sie kann in den durch einen Dritten Elsaß-Lothringens die hierzu etwa erforderlichen Vertreter halten. Die Gerichts-, Gemeinde-, Zoll- und Militärbehörden werden veranlaßt werden, ihren Vertretern Unterstützung zu teil werden zu lassen.

Die Abrechnungen der Sequester werden nach Prüfung durch die zuständigen französischen Behörden der Kommission mitgeteilt werden.

Die durch die Tätigkeit der Kommission entstehenden Kosten fallen der deutschen Regierung zur Last.

Nach § 5 wird die französische Regierung der gemäß der vorstehenden Bestimmung eingesetzten Kommission innerhalb eines Monats ein nach den letzten elsaß-lothringischen Wohnsitz oder Wohnorten der Eigentümer geordnetes Verzeichnis der bisher im Wege der Liquidation, der Requisition oder der Anordnung an die Kriegsentschädigungsämter betäubten deutschen Fahrnis und der für sie erhobenen Beträge übermitteln. Die Entschädigung der Inhaber Eigentümer dieser Fahrnis bleibt gemäß Artikel 297 Lit. i des Friedensvertrags zu Lasten des Deutschen Reiches.

Die französische Regierung wird (nach § 6) der Kommission innerhalb möglichst kurzer Frist, jedoch binnen zwei Monaten, in der gleichen Weise geordnete Verzeichnisse verjenigen deutschen Fahrnis in Elsaß-Lothringen übermitteln, die sich in der Verwaltung einer Sequester oder Liquidators befindet oder im Wege der Requisition anderen in Benutzung gegeben worden ist.

In diesen Verzeichnissen sind der Aufbewahrungsort der Möbel, Name und Wohnort des Sequesters, des Liquidators oder — im Falle der Requisition — des Benutzers oder der Benutzer sowie im letzten Falle um im Falle einer Vermietung die über die Dauer der Benutzung und über die Höhe der Vergütung getroffenen Bestimmungen anzugeben.

Auf Antrag der Eigentümer oder ihrer Bevollmächtigten, der durch die unter § 4 bezeichnete Kommission übermittelt wird, sind (nach § 7) die unter Sequester gestellten Fahrnisstücke freizugeben. Vermietete oder zu bloßem Benutzung requirierte Sachen sind nach Ablauf der für die Benutzung vereinbarten Zeit frei zu geben; mangels einer Vereinbarung soll die Freigabe nach Ablauf einer angemessenen Frist geschehen, die zwischen den Parteien und mangels einer Einigung unter diesen durch den Präsidenten des Gerichts erster Instanz bestimmt werden wird; in diesem Falle darf die Frist nicht über sechs Monate nach Abschluß des gegenwärtigen Abkommens hinaus gehen.

Die französischen Mitglieder der unter § 4 bezeichneten Kommission werden (§ 8) auf Antrag der deutschen Mitglieder für die Dauer von Verhandlungen und die Ernahme von Umsatzvorgängen sowie von Verpachungsstoffen durch (§ 9) keinen Zöllen oder sonstigen Gebühren oder Abgaben unterworfen werden. Die Untersuchung auf Sachen, die zollpflichtige Einfuhrgegenstände mitbewegen haben, soll in Gegenwart von Vertretern der Kommission oder der Eigentümer und in solcher Weise stattfinden, daß Verzögerungen und Weiterverunreinigungen der der Durchsuchung zu unterwerfenden Gegenstände möglichst vermieden werden.

Die Ausfuhr der in Frage stehenden Fahrnis und die Einfuhr von Umzugswagen und Verpackungsstoffen durch (§ 9) keinen Zöllen oder sonstigen Gebühren oder Abgaben unterworfen werden. Die Untersuchung auf Sachen, die zollpflichtige Einfuhrgegenstände mitbewegen haben, soll in Gegenwart von Vertretern der Kommission oder der Eigentümer und in solcher Weise stattfinden, daß Verzögerungen und Weiterverunreinigungen der der Durchsuchung zu unterwerfenden Gegenstände möglichst vermieden werden.

Die Streiks im Ausland.

Brüssel, 17. Dezember. Die „Nation Belge" stellt fest, daß der Bergarbeiterstreik im Bezirk von Charleroi in diesem Augenblick ein Ereignis von sehr schwerer Tragweite sei. Die Kohle sei fast die einzige Quelle des belgischen Reichtums. Das Wort des nationalen Wiederaufbaues hänge von ihr ab, die allein gestatte, etwas Geld ins Land zu bringen. Auch sinnt eigentlich hauptsächlich unter Kohlenmangel. Das Blatt hofft, daß der Minister für Industrie und Arbeit den Konflikt beilegen könne.

London, 18. Dezember. (Reuter.) Auf der heutigen Konferenz wurden den Führern der Eisenbahner von seiten der Regierung gewisse Vorschläge gemacht, die sie sich bereit erklärten, den Eisenbahnern zur Annahme oder Ablehnung zu unterbreiten.

Barcelona, 18. Dezember. (Havas.) Die Streiklage hat nicht verändert, es sind wieder mehrere Bomben geworfen worden, die geringen Sachschaden verursachten. Zwei Leute der Bürgerwehr wurden verwundet.

Wie Havas aus Barcelona meldet, hat sich die Streiklage nicht verändert. Es sind nur mehrere Bomben geworfen worden, die geringen Sachschaden verursachten. Zwei Leute der Bürgerwehr wurden verwundet.

St. Haag, 16. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) „New York Sun" schätzt die Verluste durch die Ausstände im Jahre 1919 für die Arbeiter auf 600 Millionen und für das Kapital auf 1000 Millionen Dollar.

Der achtstündige Arbeitstag in Oesterreich.

Wien, 18. Dezember. Die Nationalversammlung nahm die Vorlage über den achtstündigen Arbeitstag an, die das bisher vorläufige Gesetz unter Einschränkung des Anwendungsgebietes des Achtstundentages auf alle gewerblichen Betriebe ersetzt.

Gründung einer nationalen französischen Sozialistenpartei.

Paris, 18. Dezember. Die Gründung einer Arbeiterpartei, deren Aufgabe es sein soll, auf nationaler Grundlage die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen, ist gestern beschlossen worden. Die Gründer sind die rechtsstehenden sozialistischen Abgeordneten, die sich von den unsicheren Sozialisten bei den letzten Kammerwahlen getrennt haben. Es sollen aber auch einige unitarische Sozialisten an der Gründung teilgenommen haben, deren endgültige Entschließung jedoch noch aussteht. Als Führer der neuen Partei werden u. a. genannt Rozier und Brunet.

Die Wiedergutmachungskommission für Ungarn.

Budapest, 18. Dezember. Der Budapester „Pester Lloyd" meldet, daß die durch Beschluß des Obersten Rates nach Budapest entsandte Wiedergutmachungskommission aus neun Mitgliedern bestehen werde, und zwar würden Amerika, England, Frankreich, Italien, Polen, Serbien, Rumänien, Tschechien und Griechenland vertreten sein. Der allen werde neben Privatpersonen die ungarische Regierung ihre Verluste anmelden. Bisher lagen vierhundert Anmeldungen vor. Die Schadensumme für entlegene dem Wiedergutmachungsverfahrens unterliegende Werte belaufe sich auf 40 Milliarden Kronen. Die Wiedergutmachungskommission werde auch die aus den besetzten Gebieten Ungarns widerrechtlich requirierten Lebensmittel, die für den Lebensunterhalt Ungarns unentbehrlich seien, zurückfordern.

Ausweisungen aus Amerika.

Der Reuter-Korrespondent telegraphiert aus New York: Das Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat die Ausweisung der Anarchisten Alexander Berkmann und Goldmann beschlossen.

Oberpräsident Winnig über die Gefahren für Ostpreußen.

Von unserem ständigen Mitarbeiter.

Zt. Königsberg, 17. Dezember.

Der Ostpreußische Provinziallandtag wurde heute eröffnet. Oberpräsident Winnig hielt als Staatskommissar eine Begrüßungsansprache, in der er u. a. ausführte:

„Im Reich blickt man heute mit wachsamer Teilnahme und wachsender Sorge auf Ostpreußen. Wir sind uns der Gefährlichkeit unserer Lage bewußt und haben nicht beabsichtigt, sie den Regierungen des Staates und Reiches in ihrer ganzen Größe darzustellen. Wie wissen nicht, wie es in wenigen Wochen oder Monaten an unserer Ostgrenze aussehen wird. Aber wir wissen, daß wir mit der Möglichkeit eines neuen Einfalles von Osten her rechnen müssen. Beunruhigende Mitteilungen kamen in den letzten Tagen aus Polen herüber. Sie meldeten Ansichten eines hervorragenden Bürgerkreises. Sie sind später nicht bestätigt worden, aber sie waren gleichwohl geeignet, unsere Sorge um die Sicherheit unserer Ostgrenze zu vergrößern. Ich bin in der Lage, heute hier zu erklären, daß zwar die von Osten drohende Gefahr unvermindert existiert, daß aber der Wert zweckmäßiger Anordnungen getroffen hat, die wir unverändert erscheinen, einen etwa erfolgenden Einfall mit Sicherheit abzuwehren. Der Reichswehrminister hat mir drahtlich mitgeteilt, daß unverzüglich eine verstärkte Reichswehrbrigade nach Ostpreußen in Marsch gesetzt wird, und daß weiter von den zurückkehrenden Baltenkämpfern zum Dienste in der Reichswehr geeignete Mannschaften ausgesondert und in die Reichswehr eingesetzt werden sollen. Darmit sind all unsere berechtigten Wünsche erfüllt. Ich gebe deshalb weiter keinen Ueberzeugungsausdruck, daß die Durchführung dieser Maßnahme unserer Provinz die feste Sicherheit geben wird, jedweden von Osten her unkommenden Angriff abzuwehren.

Ein kurzes Wort über jene Befürchtungen, die in Ostpreußen ein Herd gegenrevolutionärer Absichten und Vorbereitungen bilden. Ich habe, obwohl sich die Stimmungen und Stimmungen in den politisch bestimmten Kreisen der Bevölkerung auf ja kennen glaube, noch keinen Beweis dafür gefunden, daß in Ostpreußen gegenrevolutionäre Erhebungen vorbereitet werden. Sicherlich ist aus offenkundigen Ursachen die Zahl der Männer, die mit der bestehenden politischen Ordnung unzufrieden sind, in Ostpreußen besonders groß. Sollte in ihren Kreisen jene vorerwähnte Absicht umgehen, so sei ihnen folgende Erwägung anheimgegeben: Deutschland ist heute nicht in der Lage, allein über seine innerpolitischen Verhältnisse zu bestimmen. Der Friedensbund hat bereits einmal und mit Erfolg bewiesen, sich in unsere Verfassungsangelegenheiten einzumischen. Dieser Friedensbund würde eine Wiederherstellung der alten Ordnung schon darum nicht dulden, weil sie von jenen Kreisen getragen würde, in denen er die Träger der alten Machtpolitik des Deutschen sieht. Er würde sie nicht dulden, weil er darin, ob mit Recht oder Unrecht sei dahingestellt, einen Sieg des militärischen Gedankens heben würde, dessen Wiedererstarkung er beiseitigen zu müssen glaubt. Eine Wiederherstellung der alten politischen Ordnung würde also sofort den Friedensbund auf den Plan rufen und ihm einen neuen Anlaß zum Eingreifen in die inneren Angelegenheiten des deutschen Volkes geben. Der Friedensbund wäre nur unter einer Bedingung einer solchen Reinzuerleuna zustimmen, nämlich dann, wenn er glaubte, auf diese Weise auf eine bessere Erfüllung des Friedensvertrages rechnen zu können; also nur, wenn sich eine solche Neuerung der Entente als der bessere Gutbeiter der uns auferlegten Opfer verpflichtete, wäre eine Restauierung aufzuspielt sich möglich. Innenpolitisch aber würde sie trotzdem unmöglich sein, denn sie würde den Bürgerkrieg mit all seinen Verheerungen und Schrecken bereiten und unserem Volke den Todesstoß geben. Das gleiche aber gilt für eine Regierung nach russischem System. Auch hier sofortiger Eingriff des Friedensverbandes und Aufloderns des Bürgerkrieges. Die heute bestehende Verfassung und das gegenwärtige Regierungssystem haben also auf der einzigen Grundlage, die heute außenpolitisch und innenpolitisch möglich ist. Wir müssen uns unsäglichen und tiefen Wunden bluten. Das Volk Ruhe und Genesung wünscht, der muß heute, unbeschadet seiner Ueberzeugung, abstehen von allen Bestrebungen, die eine grundsätzliche Aenderung des Regierungssystems zum Zweck haben."

Der Oberpräsident knüpfte daran eine neue eindringliche Mahnung, die politischen Gegensätze nach Möglichkeit auszugleichen und eine geschlossene nationale Abwehrfront zu bilden, und besprach dann die besonderen Aufgaben des Provinziallandtages.

Neuausgaben der Werke Theodor Storms.

Von

Fritz Böhme.

Theodor Storms Werke lagen schon vor dem 100. Geburtstage des Dichters vollständig mit einer Reihe nachträglicher Ergänzungen, abgesehen von einer Ausgabe zum Teil auch heute noch nicht veröffentlichter Frühgedichte, als Grundlage für Kenntnis und Studium vor. Auch die bedeutendsten Briefwechsel mit literarisch hervorragenden Freunden und viele Briefe Storms an seine Angehörigen waren bis dahin veröffentlicht, und ungerechnet die vielen Einzelschriften literaturgeschichtlichen und biographischen Charakters war das Leben und die geschichtliche Bedeutung in einigen Monographien dargestellt worden. Es sah also für den Fernerstehenden so aus, als sei für diesen Dichter schon alle nur erdenkliche Arbeit geleistet. Hierzu ist zu bemerken, daß die Ausgaben der Werke vom literaturwissenschaftlichen Standpunkte aus keineswegs einwandfrei waren, obgleich sie sich auf das Dichters eigene letzte Durchsicht stützten; auch waren die Briefe nur zum Teil in wirklich brauchbarer und lesefreier Form veröffentlicht, und die Darstellungen seines Lebens entbehrten durchaus weiterer historischer Gesichtspunkte und erglitten sich in einem immer wieder von neuem gegebenen belanglosen Kleinkram, es sei denn, daß sie einzelne Epochen seines Lebens allerdings meist auf den angegebenen unkritischen Grundlagen zum Gegenstande hatten. Es war also eigentlich noch fast alles zu leisten.

Weshalb wir eine achtbare Biographie dieses Dichters noch nicht besitzen, soll hier ebenwenig betrachtet werden wie die Frage einer nützlichen und abwägenden Herausgabe seiner Briefe. Bevor derartiges in Angriff genommen werden kann und soll, müssen die Schöpfungen des Dichters in muster-gültiger Fassung vorliegen.

Storm war seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts einer der geleseensten deutschen Dichter. Da die Anteilnahme des Publikums an seinen Werken ständig stieg, war es ganz selbstverständlich daß sich der deutsche Buchhandel, sobald es möglich war, diese Tatsache zu Nutze machte und mit dem Erlöschen der Schutzfrist eine überaus reichliche Menge von Nachdrucken auf den Markt brachte. Nicht so selbstverständlich war es, daß diese Hochflut von Stormausgaben nun auch eine oder mehrere gute und von sachkundiger Seite bearbeitete wissenschaftlich durchgeprüfte Neudrucke seiner Werke enthielt. Es war dies schon deshalb nicht zu erwarten, weil bisher in Einzelschriften noch wenig für eine sachliche Herstellung und ein Zurückgehen auf die Manuskripte der Schöpfungen vorgearbeitet war, und man kaum annehmen konnte, daß in aller Stille diese immerhin beträchtliche Arbeit von einem Literaturhistoriker vorgenommen worden war. Dennoch aber finden sich unter den neuen Ausgaben Storms einige, die, wenn auch nicht gleichwertig, diese Forderungen erfüllen. Albert Köster, der schon vor längeren Jahren maßgeblich den Briefwechsel zwischen Storm und Keller herausgegeben hatte, kündigte im Oktober 1918 in einer kleinen Schrift „Prolegomena zu einer Ausgabe der Werke Theodor Storms" (Leipzig, Teubner. Berichte über die Verhandlungen der Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften zu Leipzig. Phil. hist. Kl. Bd. 70. Heft 5.) an, daß er in nächster Zeit im Insel-Verlage eine aus wissenschaftlichen Studien hervorgegangene Neuausgabe Storms veröffentlichen werde, und dat einen allgemeinen, vielversprechenden Umriß der Prinzipien und Gesichtspunkte, die ihn bei dieser Arbeit geleitet hatten. Die ersten drei Bände dieser Insel-Ausgabe sind nun erschienen, und man muß nach ihrer vortrefflichen Gestaltung sagen, daß hier wirklich die Ausgabe vorliegt, die allen literarhistorischen Forderungen gerecht wird. Nur eines ist bedauerlich, daß auch Köster nicht sämtliche von Storm vorhandenen Gedichte, also auch die unveröffentlichten Frühgedichte gibt und damit Nachträge zur Notwendigkeit macht, und ein zweiter, daß er die Lyrik Storms nicht in chronologischer Anordnung, wie es bei den Novellen der Fall ist, bringt. Für den nicht speziell für Storms Entwicklungsgang Interessierten sind diese beiden Dinge aber so unwesentlich, daß sie keineswegs den Wert der neuen Ausgabe vor allem die gleichmäßige und einwandfreie Feststellung des Textes besteht, irgendwie beeinträchtigen. Was das Lebenbild, das Köster der Gesamtausgabe voranstellt, und die literarhistorische Würdigung geben, ohne in Einzelheiten zu verschweigen, das Wesentliche über den Dichter in großen, klar herausgearbeiteten Zügen.

Neben dieser Ausgabe sind noch zwei andere zu nennen, die, wenn sie auch nicht auf der gleichen wissenschaftlichen Höhe stehen, dennoch jede für sich Vorzüge besitzen, die sie wertvoll machen. Alfred Biese, der langjährige Freund Storms, gibt bei Hesse & Becker in Leipzig eine Ausgabe der sämtlichen Werke (14 Teile in 4 Bänden 27 ℳ) heraus, mit der zugleich er eine Sammlung „Ausgewählte Werke" im gleichen Verlag (2 Bände, 16 ℳ) erscheinen läßt. Die Bieseche Ausgabe hat sich nicht eine textkritische Durcharbeit zur Aufgabe gestellt; der Herausgeber hat seinen Standpunkt in dieser Angelegenheit im „Literarisch. Echo" (1. Dez. 1919) auseinandergesetzt. Dafür aber hat diese Ausgabe den Vorzug, daß hier ein alter Freund Storms spricht, ein Mann, der das Werden und Wachsen der Weltschöpfung des hier verehrten Dichters langsam und Schritt für Schritt miterlebte. Seine Einleitung und seine kleine Vorrede sind getragen von dieser persönlichen Nähe, die ihn mit dem Dichter verband.

In manchen Urteilen danebengreifend ist die Einleitung, die Theodor Heriel seiner auf 6 Bände berechneten, im Bibliographischen Institut in Leipzig erscheinenden Gesamtausgabe (42 ℳ) voranstellt. Im übrigen aber ist auch diese Ausgabe, soweit sie vorliegt, gewissenhaft bearbeitet und mit vielen einsichtenden und aufklärenden, auch textkritischen Bemerkungen versehen. Verdienstvoll ist es, daß er die Gedichte in chronologischer Reihenfolge bringt. — Schon nicht mehr wissenschaftliche Ansprüche erhebt die Ausgabe der „Sämtlichen Werke", die Paul Wiegler bei Ullstein & Co. Berlin, in zehn Bänden herausgibt und mit einer allgemein orientierenden Einleitung versehen hat.

Diesen Gesamtausgaben tritt eine Reihe von Teilsammlungen und Einzelausgaben zur Seite. Bemerkenswert ist hierbei, daß sich auch der katholische Buchhandel Storms bemächtigt hat und den Dichter, den seine bekannte ablehnende, ja feindliche Stellungnahme zum Christentum auf den Index gebracht hat, in einer textlich noch unbeholfenen Geschäftsmäßen getrennten Auswahl vorlegt; so gibt Professor O. Heilinger Sohn „Ausgewählte Novellen" bei Herder in Freiburg i. B. (2 Bände 16 ℳ) und der Verlag Josef Habbel in Regensburg „Tod der Storms Werke, ausgewählt und eingeleitet von Karl Lindner" (4 Bde. 8 ℳ) heraus. Gering an Zahl sind wieder Gewalten die illustrierten Ausgaben. Der Verlag Erich Matthäus in Leipzig hat eine Reihe der Novellen in reichem Einbande aber wenig originell illustriert von A. Budjinski (Zweisfarbiger Drucke à 2 ℳ und 2,50 ℳ), der Berliner Verlag Adolf u. Cie. „Immensee" (5 ℳ) und „Zwei Poppenspäler" (5,50 ℳ), mit guten, Storm-ähnliche Naturbilder widerspiegelnden Silhouetten von Johanna Beckmann versehen, außerdem auch eine von Fedor von Zobeltitz zusammengestellte Auswahl der Novellen (10 ℳ) herausgegeben.

Von einzelnen Ausgaben und Sammelbänden seien noch erwähnt „Immensee und andere Novellen" (Regensburg, F. Pustet, 1,80 ℳ), „Das Schöne von Storm", herausgegeben von W. von Molo (München, A. Langen, 5 ℳ), „Immensee" (Mainz, Emsbern-Verlag, 1,80 ℳ) mit hübscher Druckype, W. L. Dunbar „Storm-Bilderbuch" (Breslau, Schottländer, 2,50 ℳ) — eine zum Teil recht geschickt ausgewählte Sammlung von einzelnen Gedichten und besonders schönen Teilen aus den Novellen. Billige Neudrucke sind u. a. bei Reclam (0,60 ℳ) mit guten Einleitungen von W. Herrmann, in Schoffneins Blauen Bändchen (Köln a. Rh., H. Schoffstein, 0,80 ℳ) und im Insel-Verlag (1,20 ℳ) erschienen.

Die Gesellschaft für Theatergeschichte hat als Nachfolger des verstorbenen Ludwig Geiger Prof. Dr. Max Herrmann der bei der Universität Berlin zu ihrem Vorsitzenden gewählt.

Zum Rektor der Universität Freiburg i. B. wurde für das Studienjahr 1920/21 der ordentliche Professor der Volkswirtschaftslehre Herr Geh. Hofrat Dr. Karl Diehl gewählt.

Dr. Eduard Eckhardt, Bibliothekar an der Universitäts-Bibliothek und außerordentlicher Professor für englische Philologie zu Freiburg, hat einen Ruf als Professor für englische Philologie an die Universität Dorpat erhalten.

Neuerscheinungen.

Dr. Ludwig Degge: Mit Lettow-Vorbeck durch Afrika. Mit zahlreichen Originalaufnahmen. Verlag Aug. Scherl, Berlin. Preis geheftet 16 ℳ, gebunden 20 ℳ.

Ich muß gestehen, daß ich dem Buche mit großer Spannung entgegengesehen hatte, nachdem es mir lange genug geradezu wollen angekündigt worden war. Was es trotz die erste auf den Markt kommende Schilderung aus der Feder eines der letzten Mitkämpfer Lettows! Dieser Spannung entsprickt leider das Buch in keiner Weise. Man wird nicht „alt" von ihm, trotzdem dem Essen sehr viel in ihm die Rede ist. Was ist Erlebnis, was Gedichte, was nur Berichtetes in dem Buch, das inhaltlich nur gewonnen hätte, wenn es auf ein Drittel oder die Hälfte seines Umfanges verkürzt geschrieben wäre. Der gesamte Inhalt stellt mir so oder weniger nur eine Aneinanderreihung von Eing kriegen dar, deren Wert, wie gesagt, noch obenrein dadurch herabgesetzt wird, daß nicht eiten, bar ist, inmitwell sie Schilderungen und Schilderungen des Verfassers geben. Ansonten ist der Titel des Buches greifelhaft irreführend. Daß es unaufhaltsam sehr schnell einstanden ist und dementsprechend Wiederholungen bringt, an einigen Stellen auch nicht gerade sehr übersprudelnd wirkt, sei nur nebenbei erwähnt. Die Bilder sind größtenteils neu und durchaus sehr wertvoll. Um so überflüssiger ist die Hinrichtungsbilder Seite 214/15, die eine sensationelle Bearbeitung nicht nur aus ethischen Gründen ausgemerzt hätte. — Wie gesagt: das Buch macht den Eindruck — und auch wohl interessierte Kreise — nicht mit aber leck. nd den Wunsch nach baldigem Erscheinen einer zusammenhängenden Darstellung des ostafrikanischen Feldzugs unpes aus der Feder eines Besseren, vor allem Lettow-Vorbeck selbst, zu verschärfen.

Regierungsrat Dr. Karstedt.

Dr. Paul Wilhelm von Keppler, Bischof von Rottenburg: „Das Problem des Leidens". 8. und 9. Auflage. Freiburg im Breisgau, Herdersche Verlagshandlung. 1919. 2 ℳ, geb. 3,20 ℳ. 100 Seiten.

Die akademische Antrittsrede, welche der geleerte Bischof bei Uebernahme der Moralprofessur an der Freiburger theologischen Fakultät 1894 gehalten hat, ist neugedruckt worden, denn ihr Inhalt ist durchaus aktuell, und gerade unsere Zeit, die so viel Greuel erlebt hat, aber das Problem des Leidens nachzudenken, hat in daran erfreuen. Die Verteidigung des Problems und seine Lösung durch Christus ist einfachaus gestaltet, allen Denen, die überhaupt religiöses, wohl verstanden nicht nur konfessionell ist, Empfinden haben, Trost und Ueberzeugung zu gewähren. Die nähere Begründung dieser Auffassung in den beiden Abhandlungen „Das Leiden und die antike Philosophie" und „Die antike Welt und das Mitleid" geht die reichen wissenschaftlichen Kenntnisse des Verfassers. Aber auch vor die Anmerkungen nicht weist, wird gern immer wieder einzelne Sätze aus dem Büchlein lesen sowohl wegen der Gedankenfülle wie um der edlen, vornehmen Sprache willen. iv.

Margarete Vorländer: Unserer Kinder deutsche Geschichte. Verlag Fr. A. Perthes A.-G., Gotha. 368 S. geb. 12 ℳ.

Ein Versuch nach der Art von Gruhes Geschichtsbüchern. Kindern von 8 bis 13 Jahren die deutsche Geschichte lebendig zu machen. Es ist eine Mutter, die ihren Söhnen erzählt, und man kann sicher sein, daß der warme Ton dieser Erzählung seine Wirkung auf die Jugend nicht verfehlen wird.

Die Förderung der Jugendpflege.

Ansprache des Ministers Stegerwald.

Im Sitzungssaale des Wohlfahrtsministeriums trafen gestern Vertreter von 86 an der Jugendwohlfahrt beteiligten Verbänden und Vereinen zu einer Aussprache darüber zusammen, zweckmäßige Wege für ein Zusammenarbeiten der Jugendpflege treibenden Verbände miteinander und mit dem Ministerium für Volkswohlfahrt zu finden. Es sollte ferner beraten werden über die Betätigung der besonderen Jugendpflegeorganisationen an den Aufgaben des Wohlfahrts- bzw. Jugendämter und die Art ihrer Verbindung in die ein. Schließlich hatte das Wohlfahrtsministerium, auf das seit dem 1. November die Angelegenheiten der Jugendpflege vom Kultusministerium bekanntlich übergegangen sind, den Wunsch, aus der Mitte der Versammlung Anregungen zur zeitgemäßen Förderung der Jugendpflege entgegenzunehmen.

Auf der für die künftige Gestaltung der Jugendpflege bedeutsamen Tagung waren u. a. vertreten: der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Bund Deutscher Jugendvereine, der Bund Jungdeutschland, die Deutsche Turnerschaft, der Deutsche Pfadfinderbund, der Deutsche Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege, der Evangelische Bund, zur Pflege der weiblichen Jugend, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der Preußische Lehrerverein, der Preußische Städtetag, der Verband der evangelischen Arbeitervereine, der Verband der katholischen Arbeitervereine, der Verband preußischer Landkreise, der Zentralausschuß für die Innere Mission, der Zentralausschuß für Volks- und Jugendspiele, die Zentralstelle für Volkswohlfahrt. Die Regierung war durch das Ministerium des Innern, das Handelsministerium, den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und vor allem durch den Einberuser der Tagung, das Wohlfahrtsministerium, vertreten.

Der Minister für Volkswohlfahrt **Stegerwald** eröffnete die Tagung durch eine Ansprache, in der er die Vertreter der zahlreich erschienenen Vereine begrüßte und auf die Wichtigkeit des Zieles und Zwecks der Aussprache hinwies. Er führte u. a. aus:

„Wir ist wohlbekannt, welche Erfolge von den Verbänden und Körperschaften bei vielen Jahrzehnten in selbstloser Liebe und Opferwilligkeit erzielt worden sind, lange bevor der Staat an die Unterstützung dieser Bestrebungen geschritten ist. Ich mache kein Hehl daraus, daß die Sache der Jugendpflege auch für die Zukunft nur dann einen guten Fortgang nehmen kann, wenn ihre hingebende Arbeit und gegenseitiges Vertrauen ihr auch fernerhin die festen Grundlagen und den Zusammenhalt sichert. Dabei muß ich vor besonders Wert die Mitarbeit der Frauen bei für die gerade jetzt so überaus bedeutsame Betreuung der weiblichen Jugend, die nicht nur auf ihre späteren Familien- und Berufspflichten, sondern auch auf die staatsbürgerliche und bürgerliche Arbeit im Staate ganzen vorbereitet werden muß.

Der Staat hat die Bestrebungen der freien Verbände auf dem Gebiete der Jugendpflege zwar schon seit langer Zeit mit wohlwollender und auch förderender Aufmerksamkeit begleitet, eine großzügige und umfassende Unterstützung aber erst durch den bekannten Erlaß des preußischen Kultusministers vom 18. Januar 1911 eingeleitet. Dadurch ist dann der opferwilligen Mitwirkung weitester Volkskreise in den wenigen Jahren bis zum Beginn des Weltkrieges eine erfreuliche Aufforderungwirkung angedeutet worden. Leider trat durch den Krieg und seine unglücklichen Begleit- und Folgerscheinungen ein schwerer Rückschlag ein. Namentlich hat die starke Verwirrung der sittlichen Begriffe, die in unserem Volk infolge getreten ist, sich auch in der Haltung der Jugend bemerkbar gemacht. Dazu kommen die mancherlei Nöte der männlichen und weiblichen Jugend auf körperlichem und geistigem Gebiet, die dringend abhilfe heischen. Ich verweise in dieser Beziehung auf meinen Ihnen allen zugegangenen Erlaß vom 22. November d. J., aus dem ich auch zu unehmen bitte, in welchem Geist und mit welchen Zielen ich meinerseits alle einsetzen und Bestrebungen um das Wohl unserer schulentlassenen Jugend zu unterstützen bereit bin.

Sie werden daraus ferner ersehen, daß ich eine „staatliche Jugendpflege", die es bisher schon nicht gegeben hat, auch für die Zukunft nicht zu schaffen gedenke. Jede dem Heile der Jugend dienende Arbeit soll zu ihrem Recht kommen und staatliche Förderung erfahren. Das Eigenleben, die Selbständigkeit und Freiheit der einzelnen Jugendvereinigungen und Verbände soll dabei in keiner Weise angetastet, aber ein friedliches Neben- und Miteinander unter gegenseitiger Förderung nach Möglichkeit angebahnt bzw. weitergeführt werden. Dies wird um so leichter gelingen, wenn alle Beteiligten sich gegenwärtig halten, daß jeder Arbeit an der Jugend und für die Jugend, so verschiedenartig sie auch entsprechend ihren mannigfachen Bedürfnissen sein mag, als Leitstern vorauleuchten muß das Wohl unserer Jugend, des kostbarsten Gutes, das der grausame Friedensvertrag uns gelassen hat, und das Wohl des gesamten Vaterlandes.

Wir stehen allein da in der Welt, gehaßt und geschmäht von der Mehrzahl der übrigen Völker. Da wollen wir erst recht zwar keine nationale Ueberhebung, aber trotz allem, was wir jetzt leiden müssen, in dem heranwachsenden Geschlecht berechtigtes Selbstgefühl pflegen und tunlichst den Stolz auf das Gute, das eine gütige Vorsehung in das deutsche Wesen gelegt hat. Zur Ueberwindung der inneren Zwietracht sollen wir beitragen, indem wir der Jugend helfen, sich zu Männern und Frauen zu entwickeln, den Kopf hoch und klar, um das unseren Vaterlande Heilsame zu erkennen, das Herz warm zur Bruderliebe und fest zum Glauben an eine bessere Zukunft, den Willen gebändigt durch edle Sitte und mit Gottscheuerwerk auf das Gemeinwohl gerichtet, die Arme stark zum ersprießlichen Schaffen auf allen Gebieten des Lebens.

In der kurzen Zeit der Tagung ist es natürlich ausgeschlossen, die mancherlei Probleme, die auf dem Gebiete der Jugendpflege vorliegen, sämtlich auch nur zu berühren, geschweige denn zur Lösung zu bringen; Sie dürfen aber überzeugt sein, daß ich die Erfahrungen, Anregungen und Ratschläge, die in diesen Tagen und später an mich herangebracht werden, sorgsam erwägen und prüfen und, soweit es unsere bei der gegenwärtigen Finanznot nur beschränkten Mittel gestatten, in die Tat umsetzen werde. Ich hoffe, daß die Prüfung wesentlich erleichtert werden wird, wenn die Beratungen zum ersten Punkt der Tagesordnung zu einem positiven Ergebnis führen.

Welch hohen Wert ich auf eine freie Aeußerung Ihrer Wünsche und Ratschläge lege, möchte ich auch dadurch zu erkennen geben, daß ich die Leitung der Beratungen, in die wir nunmehr eintreten wollen, einer Persönlichkeit aus Ihrer Mitte übertrage. Meine Wahl ist auf einen Mann gefallen, dessen begeisterte Liebe zur Jugend der überwiegenden Mehrheit der Anwesenden wohlbekannt ist, und der schon öfters Jugendpflegekonferenzen, die vom Kultusministerium einberufen waren, in sachlicher, alle Beteiligten befriedigender Weise geleitet hat."

Nach der Ansprache bat der Minister den Direktor der preußischen Landesbibliothek, Geheimrat Dr. Diebow, die Leitung der Besprechung zu übernehmen. Es folgte zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung sogleich eine sehr lebhafte Erörterung, die sehr wertvoll zunächst die Stimmung in den einzelnen Verbänden und die während des Krieges ausgebildete Fühlung mit ihnen zu den Fragen der Jugendpflege feststellte.

Das Ergebnis der Tagung werden wir mitteilen.

Der Gesetzentwurf Groß Berlin in Ausschuß.

Der Ausschuß der preußischen Landesversammlung zur Beratung des Gesetzentwurfs Groß Berlin beschloß, in die Beratungen erst am Montag, den 12. Januar, einzutreten und dann ununterbrochen bis zum Beginn der Plenarsitzungen, d. h. bis zum 21. Januar 1920, zu tagen. Außerdem wurde der Wunsch an die Regierung gerichtet, noch weiteres Material, insbesondere über die Verwaltung von Groß Berlin und über die steuerlichen Verhältnisse der Groß Berliner Gemeinden, dem Ausschuß zu liefern. Auch wurde von einzelnen Rednern die Frage aufgeworfen, ob es nicht möglich sei, den Leuten auf Seiten selbstständiger und beteiligter Mitstände, daß einzelne Gemeinden Groß Berlins jetzt vor der Beratung noch abstimmen, die unwirtschaftliche Ausgaben beschließen, darauch abzuhalten, daß die Regierung eine Art von Sperrgesetz gegen solche Gemeindebeschlüsse erläßt.

Die Propaganda für die Sparprämienanleihe.

Zu den in den letzten Tagen erhobenen Anklagen gegen die Propagandaabteilung für die Sparprämienanleihe erfährt eine Lokalkorrespondenz folgendes: Es kaebt, als ob die Abteilung, soweit sie sich gegen das Preßbureau der Propagandaabteilung richtet, nicht hätte eingreifen sollen. Es handelt es sich bei den Vorgängen um, welche Broschüre für die Sparprämienanleihe verteilen sollten, keineswegs um die Pressehonorare, von denen vielfach die Rede war. Das Pressebureau hatte an etwa 200 der bekanntesten Schriftsteller, wie Hauptmann, Sudermann, Gabriele Reuter usw., darunter im Höchstfalle an 10 Kollegen, ein Schreiben gesandt, worin die betreffenden Autoren gebeten wurden, gegen ein einbeziehliches Honorar von 150 M einen Propagandaartikel zu verfassen, der dem Preßbureau zugesandt werden sollte. Es ist bezeichnend, daß mehrere Schriftsteller es abgelehnt haben, für ein so niedriges Honorar zu arbeiten. Von Sonderhonoraren, die Broschüreschreiber erhalten, kann somit nicht die Rede sein. Ein anderer in der Presse erhobener Vorwurf, das vor ein Plakat 1 Million Mark ausgegeben worden sei, beruht auf einem großen Irrtum: Das Plakat trug die Inschrift „Eine Million", ist in 300 Exemplaren erstellt und der Firma Möser für insgesamt 1300 M bezahlt. Also verhältnismäßig schäbbrig von etwa 230 000 M bei Herstellung einer Broschüre ergibt sich daraus, daß von der Broschüre nur die Broschüre ohne Umschlag hergestellt wurde, dieser dagegen von dem Verlag selbst ausgeführt war. Es ist also einfach der Vorwurf zu erheben, daß die Sparkassenverwaltung, an die Broschüre ungeheure Beträge bezahlt worden wäre. Die Broschüre müssen sämtliche Ministerien von anderen Arbeiten frei machen und sich nur der Herstellung von Propagandaschriften widmen.

Es teilt weiter mit: Von den insgesamt verausgabten Beträgen entfällt der überwiegende Teil, 5,5 Mill. Mark, auf Inserate an die gesamte deutsche Presse, sowohl die Tages- wie die Fachpresse (zusammen etwa 7000 Zeitungen). Zum die sonstige Propaganda kommen etwa 3,4 Millionen Mark in Frage. Die Höhe des vorhandenen Betrages wurde entsprechend herausgesetzt, als es sich als notwendig erwies, die Zeichnung nicht isoliert der Werbeaktion vor dem Beginn der Zeichnung zweimal zu verlängern. Zur Prüfung der Ausgaben ist ein Ausschuß eingesetzt, dem außer dem Geheimen Regierungsrat Norden, der bereits mit dieser Aufgabe betraut war, Oberfinanzrat Dr. von Grimm und das Mitglied der Nationalversammlung Ruschke (Demokrat) angehören. Der Vorsitzende der Bankfinder Kreisbehörde, Leipzig, ist um Entsendung eines sachverständigen Mitgliedes ersucht worden.

Der Fall Traeger.

Obwohl im Plenum der Preußischen Landesversammlung der Fall des Studenten Lemmer aus Marburg eingehend behandelt und dabei eine ausführliche Erklärung der Unterrichtsverwaltung abgegeben worden ist, lebt die Angelegenheit in der Presse immer wieder auf. Deshalb wird von zuständiger Stelle festgestellt:

Der Minister hat sich nicht davon überzeugen können, daß das Disziplinarkollegium in Sachen Lemmer die Bewegründe für Lemmers Austreten genügend berücksichtigt hat. Da nach Lage des Falles eine Strafe oder eine Aufhebung des Urteils rechtlich nicht zulässig war, ist die Lösung der Strafe auf dem Gnadenwege verfügt worden. Zugleich ist der ganze Vorfall zum Anlaß genommen worden, die baldige Erneuerung zu verfassen reformbedürftiger Disziplinarvorschriften für die Studierenden in einem der neuen Zeit entsprechenden Geist in Angriff zu nehmen.

Auch das Verhalten des Professors Traeger, dessen Vorlesung über Politik der Ausgangspunkt des Streiks war, ist eingehend behandelt worden. Der Kultusminister, der in dem Schutz der akademischen Lehrerfreiheit eine seiner vornehmsten Pflichten sieht, erkennt diese Freiheit natürlich auch für Vorlesungen politischen Inhalts an. Aber die Lehrfreiheit findet eine Grenze an dem Umstande, daß der Hochschullehrer sie als Beauftragter des Staates genießt und daß er deshalb unbeschadet seines Rechtes auf schöpferische Kritik eine Verschulung der geltenden Staatsordnung und der staatlichen Funktionäre unbedingt vermeiden muß. Der Minister hat Anlaß genommen, Professor Traeger das Entsprechende zu eröffnen.

Zurückziehung des Sperrgesetzentwurfs.

In der öffentlichen Reichsratssitzung, die am Donnerstag nachmittag unter Vorsitz des Ministers Dr. David stattfand, wies vor Eintritt in die Tagesordnung ein Vertreter Preußens darauf hin, daß der Gesetzentwurf zur Sicherung einer einheitlichen Regelung in Besoldungsangelegenheiten, das sogenannte Sperrgesetz, von der Reichsrat bekanntlich nicht unverändert habe, trotzdem als Drucksache Nr. 1788 der Nationalversammlung als Regierungsvorlage zugegangen sei. Er habe sich sofort mit dem Finanzministerium in Verbindung gesetzt, es sei ihm geantwortet worden, es handle sich um ein Versehen, der Präsident der Nationalversammlung sei davon benachrichtigt, daß die Vorlage zurückgenommen werde. Die preußische Regierung müsse besonderen Wert darauf legen, diesen Sachverhalt in der Oeffentlichkeit festgestellt zu sehen, weil sie, auf mehrfach aus der preußischen Landesversammlung an sie herangetretenen Wunsch, erst heute früh eine amtliche Notiz, daß von der Vorlage des Sperrgesetzgesetzentwurfs abgesehen worden sei, zur Verbreitung der beteiligten Kreise, namentlich in den Gemeinden, der Presse übergeben habe. Ein Vertreter des Reichsinnenministeriums erklärte, daß auch dieses das Vorkommnis bedaure. Die Ueberfülle von Arbeit habe wohl das Mißverständnis im Bureau verschuldet. — Angenommen wurde die Aufhebung der Verordnung über den Verkehr mit Wild und Hühnern. Die Zwangsbewirtschaftung der Hühner wird hiernach aufgehoben, ebenso die teilweise Zwangsbewirtschaftung des Wildes. Infolgedessen fehlen auch die bisher festgesetzten Höchstpreise, wobei aber der Wirtschaftsminister ermächtigt wird, evtl. Preise für den Großhandel festzusetzen. — Angenommen wurde eine Verordnung über Einführung des Einkilo-Paketes bei der Post. Es gehört in den Kreis der Briefsendungen und wird daher ohne Begleitpapiere am Schalter abgefertigt. Erlaß für verlorengegangene Päckchen ist aber ausgeschlossen, eben weil Begleitpapiere fehlen.

Verjährung von Forderungen des täglichen Lebens.

Wie bekannt, ist bald nach Kriegsausbruch die Verjährung der sogenannten Forderungen des täglichen Lebens, die sonst am Schlusse des Jahres 1914 verjährt sein würden, bis zum 31. Dezember 1915 hinausgeschoben worden. Durch spätere Verordnungen sind diese Verjährungsfristen immer wieder verlängert worden, so auch im Vorjahre bis zum 31. Dezember 1919 und im laufenden Jahre nochmals bis zum 31. Dezember 1920. Nach dieser Verordnung können z. B. Kaufleute, Fabrikanten, Handwerker und Landwirte mit der Geltendmachung von Waren- und Werklohnforderungen an Private, Aerzte und Rechtsanwälte, Privatangestellte und gewerbliche Arbeiter mit ihren Ansprüchen für geleistete Dienste bis zum Jahresschlusse 1920 selbst dann noch warten, wenn die Forderungen bereits im Jahre 1912 entstanden waren; ebenso verjähren zum Beispiel die Waren- und Werklohnforderungen von Kaufleuten, Handwerkern usw., die an einen Gewerbetreibenden geliefert oder für einen solchen Dienste geleistet haben, sowie Ansprüche auf Miet-, Pacht-, Renten- und Unterhaltungsrückstände und auf Zinsen nicht vor dem 31. Dezember 1920, auch dann, wenn diese Forderungen oder Rückstände noch aus dem Jahre 1910 stammen.

Preissenkung für Kunsthonig und Marmelade.

Wie die „P. P. N." erfahren, hat der Reichswirtschaftsminister neue Preise für Kunsthonig und Marmelade genehmigt. Sie gehen wesentlich über die vorjährigen Preise hinaus, weil bei der geringen Zuckerzuteilung auch Ersatzzucker für die Herstellung in Anspruch genommen werden muß. Der Preis für Marmelade stellt sich auf 8,24 M, für Kunsthonig auf 3,70 M das Pfund im Kleinhandel.

Deutsche Nationalversammlung.

183. Sitzung vom Donnerstag, den 18. Dezember 1919, 10 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Interpellationen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei wegen Abwendung der drohenden Wirtschaftskatastrophe infolge der verfehlten Wirtschafts- und Steuerpolitik, durch die weite Volkskreise bei der Preissteigerung sich bald nicht mehr ernähren und bekleiden können, sowie wegen Beseitigung der Mißstände durch die planlose Einfuhr und Ausfuhr.

Auf die Frage des Präsidenten erklärt Minister Erzberger, daß die Regierung bereit sei, beide Interpellationen morgen zu beantworten.

Abg. Trimborn (Zentr.), zur Geschäftsordnung: Ich bitte den Präsidenten, schon jetzt entscheiden zu lassen, ob die Interpellationen schon morgen behandelt werden sollen. Die Geschäftsfähigkeit wird morgen sehr zweifelhaft sein. (Unbeweinte lebhafte Zwischenrufe rechts.)

Abg. Lübe (Soz.): Ich bitte auch, sofort entscheiden zu lassen. Die Einbringung der Interpellationen ist eine Tat der Illoyalität. (Sehr richtig bei der Mehrheit.) Die Interpellation ist einschreckt worden in dem Bewußtsein oder der Absicht, daß sie nicht mehr behandelt werden könne. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Wir haben Montag sitzungsfrei gelassen und da haben Sie im Hinterhalt mit dieser Interpellation gesessen, ohne ein Wort davon zu verraten, was Sie vorhaben. Das Haus ist sich selber schuldig, auf diesen Ueberfall zu antworten, wie es verdient ist.

Abg. Dr. Pachnicke (Dem.): Wir dürfen die hier erhobenen Vorwürfe gegen die Politik der Regierung nicht unwidersprochen im Land gehen lassen. Wir wollen der Regierung und den Parteien Gelegenheit geben, morgen schon in die Verhandlung der Interpellationen einzutreten.

Abg. Schmidt-Bromberg (D. Nat.): Wir haben gegen eine Sitzung am Freitag und Sonnabend nur Einspruch erhoben, weil der Bericht zum Betriebsrätegesetz uns erst am Donnerstag zugehen könne.

Abg. Dr. Heinze (D. Vp.): Auch ich muß mich gegen den Vorwurf der Illoyalität entschieden wehren. Wir haben die Interpellation nur aus Pflichtbewußtsein eingebracht. (Lachen links.) Die Nennung hat erklärt, sie sei zur Beantwortung morgen bereit, damit sind wir einverstanden.

Abg. Lübe (Soz.): Am Sonnabend bezeichnete Abg. Schultz es als Verzweiflung, wenn wir gegungen würden, am Freitag und Sonnabend noch hier zu bleiben. (Zuruf rechts: Wegen des Berichts!) Gestern hat derselbe Herr im Seniorenkonvent gesagt, die Interpellation sei nicht in ein paar Tagen entstanden, es hätten schon sehr lange Vorbesprechungen mit der Deutschen Volkspartei stattfinden müssen. (Große Unruhe.) Ich habe keinen Anlaß, den Vorwurf der Illoyalität zurückzunehmen.

Abg. Leicht (Bayer. Zentr.): Die bayerische Volkspartei hat in den nächsten Tagen Parteiversammlung, wir müssen abreisen, ich bitte, darauf Rücksicht zu nehmen.

Bei der Abstimmung, ob die Interpellationen auf die morgige Tagesordnung gesetzt werden lassen, stimmen nur das Zentrum und die Unabhängigen dagegen, die Tagesordnung für Freitag wird dementsprechend festgesetzt. (Große Unruhe.)

Entsprechend einem mündlichen Bericht des Geschäftsordnungsausschusses wird die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Braß (U. Soz.) wegen Beleidigung verweigert.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs gegen das Glücksspiel.

Reichsjustizminister Schiffer:

Es ist allgemein bekannt, welchen überaus bedauerlichen Umfang das Glücksspiel angenommen hat. Im Namen der Regierung bitte ich, daß die Regierung den vorliegenden Gesetzentwurf eingebracht.

Ministerialdirektor Joel: Der vorliegende Gesetzentwurf stellt ganz allgemein die öffentliche Wohlfahrt von Glücksspielen unter Strafe, und zwar unter erheblich höhere Strafen als das Strafgesetzbuch. Im Interesse der Hebung der öffentlichen Moral muß gegen das Glücksspiel, an dem doch meistens Leute sich beteiligen, die durch ihr Schmarotzertum auf Kosten ihrer Mitbürger unsere Volkswirtschaft schädigen, mit viel strengeren Maßregeln vorgegangen werden. Das liegt im Interesse der Wiederherstellung der Volkswohlfahrt.

In zweiter und dritter Lesung wird der Gesetzentwurf ohne Debatte angenommen.

Der Notenwechsel zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten und das am 22. September 1919 in Versailles unterzeichnete Protokoll über den Artikel 61, Absatz 2 der Reichsverfassung wird zur Kenntnis genommen. In dritter Beratung wird das Gesetz über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft ohne Erörterung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Der Nachtragsetat, der 300 Millionen Mark zur Durchführung der Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft zur Verfügung stellt, wird in allen drei Lesungen ohne Erörterung angenommen.

Bei der dritten Beratung des Umsatzsteuergesetzes findet eine allgemeine Besprechung nicht statt. In der Einzelberatung wird bei § 2 ein in zweiter Lesung abgelehnter Antrag der deutschnationalen Volkspartei wieder aufgenommen, von der Besteuerung auch bei Unternehmungen, deren Gesamtumsatz jährlich nicht mehr als 15 000 Mark beträgt, die Entnahme von Gegenständen aus dem eigenen Betriebe auszunehmen, sofern sie den Betrag von 3000 Mark nicht übersteigen.

Abg. Stresemann (D. Nat.) empfiehlt dringend Annahme dieses Antrages, um dem kleinen Manne zu zeigen, daß die Nationalversammlung auch für ihn ein warmes Herz hat.

Abg. Raschig (Dem.) begründet einen Eventualantrag, der von dem Abgeordneten Mumm (D. Nat.) und ihm gestellt worden ist und die Herabsetzung der Ziffern 15 000 und 3000 auf 8000 und 1500 bezweckt.

Abg. Schlack (Zentr.) erklärt sich gegen den Antrag.

Auch der Regierungsvertreter Geheimrat Dr. Popitz ersucht um Ablehnung der Anträge.

§ 2 wird unverändert nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen.

Zu § 48 ist ein Antrag Arnstadt eingebracht, der die Warenhausbesteuerung den Ländern und Gemeinden aufrechtzuerhalten oder festzusetzen ermöglichen soll.

Nach kurzer Debatte, in welcher die Abgeordneten Krätzig (Soz.) und Waldstein (Dem.) den Antrag bekämpfen, wird dieser abgelehnt.

Die gesamten Einnahmen Preußens aus der Warenhaussteuer hat ganze 3 Millionen betragen.

Der Antrag der Deutschnationalen zu § 48 wird abgelehnt und der Rest des Gesetzes nach den Beschlüssen zweiter Lesung unter Hinzufügung einer Nummer 8a § 2 angenommen.

Vor der Gesamtabstimmung gibt

Abg. Wertlich (D. Nat.) für seine Partei eine Erklärung ab, in der die Verantwortung für die Umsatzsteuer abgelehnt und gesagt wird, daß die Deutschnationalen gegen das Gesetz stimmen.

Das Umsatzsteuergesetz wird darauf gegen die Stimmen der äußersten Rechten und Linken endgültig angenommen.

Präsident Fehrenbach:

Es ist den allen Parteien der Wunsch ausgesprochen worden, daß wir nicht in die Weihnachtsferien gehen, ohne vorher unserer Kriegsgefangenen gedacht zu haben, und sie schlagen vor, eine Entschließung zu fassen. Das Haus ist damit einverstanden. Die Entschließung besagt (die Mitglieder der Nationalversammlung und der Regierung erheben sich von den Sitzen):

Die Nationalversammlung nimmt mit tiefstem Schmerze Kenntnis davon, daß mehr als eine halbe Million deutscher Brüder noch immer ihrer Befreiung aus der Kriegsgefangenschaft harren. Der größte Teil dieser Kriegsgefangenen wird in Frankreich festgehalten, England hat eine große Anzahl unserer Offiziere noch nicht herausgegeben. Bei Abschluß des Waffenstillstandsvertrags wußte Deutschland keine Gefangenen sofort entlassen. Wenn das mit den gefangenen Russen nicht durchweg geschah, so deshalb, weil die Zurückfassung auf Verlangen der Entente eingestellt werden mußte. Seit dem Abschluß des Waffenstillstandes ist ein Jahr vergangen, seit der Ratifikation des Friedensvertrags durch und 6 Monate, und noch immer schmachten Hunderttausende in der Kriegsgefangenschaft. Die Nationalversammlung fühlt und leidet mit den unglücklichen Gefangenen wie mit ihren Eltern, Frauen und Kindern, die jetzt beim Herannahen des Weihnachtsfestes mit besonderer Sehnsucht ihrer fernen Lieben gedenken. Sie wendet sich an die Neutralen, denen sie heißen Dank sagt für ihr Eintreten unserer Gefangenen (Beifall), sie wendet sich an diejenigen Frauen und Männer in den bisher feindlichen Ländern, die sich ein menschlich fühlendes Herz bewahrt haben, das teilnehmend für die Leiden der unglücklichen Gefangenen schlägt, daß sie laut ihre Stimme erheben zu dem Rufe: Gebt den Frauen ihre Männer, den Kindern ihre Väter und den Eltern ihre Söhne wieder. (Lebhafter allseitiger Beifall.)

Das Wort zu dieser Entschließung wird nicht gewünscht. Sie haben sich zu Ehren unserer Gefangenen von Ihren Sitzen erhoben. Ich danke Ihnen für diese feierliche Kundgebung zu Ehren unserer unglücklichen Gefangenen und stelle die einmütige Annahme dieser Entschließung durch die Nationalversammlung fest. (Lebhafter Beifall auf allen Seiten des Hauses.)

Das Haus erledigt dann noch eine große Anzahl von Petitionen, die vom Ausschuß für die Petition, für Volkswirtschaft und für soziale Angelegenheiten beraten worden sind, und ebenso eine große Anzahl von Petitionen, die zum Reichshaushalt eingegangen und vom Haushaltsausschuß behandelt worden sind, ohne jede Erörterung nach den Vorschlägen der Ausschüsse. Im Anschluß daran wird die folgende Entschließung angenommen: Die Reichsregierung zu ersuchen sofort in Prüfung der laufenden Teuerungszulagen einzutreten, damit die Erhöhung der Zulagen der Beamten und Ruhegehaltsempfänger vom 1. Januar ab erfolgen kann.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Freitag früh 10 Uhr. (Interpellationen betreffend Wirtschafts- und Steuerpolitik sowie das unabläßige und ungeheure Steigen aller Preise und betreffend die Ein- und Ausfuhr.)

Deutsches Reich.

Explosionsunglück bei Wilhelmshaven.

Alle Erörterungen über die bekanntgewordene Katastrophe im Fort Mariensiel sind, wie wir weiter erfahren, verstummt. Es sind sofort Untersuchungen an Ort und Stelle eingeleitet. Die Nachricht, daß die Explosion keine Tatsache ihren Anfang genommen hat, erscheint wahrscheinlich. Die Arbeiten der Firma, die das Zerlegen an Ort und Stelle vornahm, waren von der Genehmigung der zuständigen Marine-Depotinspektion abhängig.

Die Novelle zur Zivilprozeßordnung.

In der von uns in Nr. 588 erwähnten Besprechung hat der Reichsjustizminister bereits angekündigt, daß die Zuständigkeitsgrenze für die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten der Amtsgerichte von 600 M auf 1200 M erhöht werden wird. Wie wir erfahren, steht die Einbringung einer solchen Novelle zu § 23 des Gerichtsverfassungsgesetzes unmittelbar bevor. Es wird dadurch ein Ausgleich zwischen der gegenwärtigen starken Belastung der Landgerichte und der entsprechenden geringeren Belastung der Amtsgerichte herbeigeführt werden.

Der Untersuchungsausschuß.

Der 3. Unterausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (Vorsitzender D. Dr. Rahl) wird sich zunächst mit der Prüfung befassen, inwieweit Maßnahmen gegen Geiselgarde im Ausland und im Inland völkerrechtswidrig oder ob mäßig hart und grausam waren.

Ein sozialdemokratischer Unterdrückungsausschuß im Fall Sitarz.

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei hat als höchste Instanz im Falle Sitarz beschlossen, sich mit dem Fall Sitarz zu beschäftigen. Wie von Lokalkorrespondenz hört, wird ein aus sieben Mitgliedern bestehender Untersuchungsausschuß unter dem Vorsitz des Abgeordneten Sollmann-Köln zusammentreten, der alle mit der Angelegenheit zusammenhängenden Dinge klären soll.

Ein Austritt aus der unabhängigen Sozialdemokratie.

In der Wochenschrift „Der Marxist" veröffentlicht der bisherige unentwegte Vorkämpfer der Unabhängigen Sozialdemokratie, Dr. Nestriepke, eine Erklärung, in der er seinen Austritt aus der Partei bekanntgibt. Er begründet den Austritt damit, daß er sich nicht auf den Boden der Beschlüsse des Leipziger Parteitages stellen könne, da er ein Gegner eines jeden Terrors sei.

Ein Beleidigungsprozeß gegen die „Deutsche Zeitung".

Wie die „Deutsche Zeitung" mitteilt, ist ihr jetzt der gerichtliche Eröffnungsbeschluß in der Klagesache der Reichsregierung gegen sie zugegangen. Die Beleidigung wird gegeben in einem Artikel, den das Blatt am 25. Oktober veröffentlichte. Der Termin der Verhandlung ist auf den 17. Januar angesetzt worden.

Zur Höchstmietenverordnung.

Zu der nunmehr erlassenen Anordnung über die Höchstmieten wird den „B. P. N." von zuständiger Stelle geschrieben:

Ein eingehender Ausführungserlaß an die Regierungspräsidenten und Gemeinden wird demnächst veröffentlicht. Danach ist Einspruch gegen die Höchstgrenze einzulegen, falls sie auf unter 15 und über 20 % festgesetzt wird. Es wird sich empfehlen, daß die Einigungsämter, soweit erforderlich, einstweilige Anordnungen bezüglich der Zahlung des Mietzinses gemäß § 7 der Mieterschutzverordnung erlassen. Eine solche Anordnung wird z. B. mit Rücksicht auf Absatz 2 des § 7 der Höchstmietenordnung erforderlich sein, wonach vom 1. Januar 1920 ab die Kosten für Heizung und Warmwasserversorgung von der Grundmiete zu trennen sind. Bezüglich der Häuser mit Zentralheizung bezw. Warmwasserversorgung sei noch besonders hervorgehoben, daß die vor dem 25. Juni d. J. abgeschlossenen Preisvereinbarungen nicht unter die Anordnung fallen. Die Trennung der Heizungskosten von der Miete ist vielmehr nur für die nach dem 25. Juni abgeschlossenen Vereinbarungen angeordnet.

Vor dem Frieden mit den Bolschewiki.

Eigene Drahtmeldung.

V. Kopenhagen, 18. Dezember.

Wie aus Reval gemeldet wird, teilte die litauische Delegation bei den Friedensverhandlungen im Dorpat mit, daß sie mit den Bolschewiki um die Zusammenhang der Kriegsgefangenen verhandle. Es werde jedoch in den nächsten Tagen eine neue große litauische Delegation in Dorpat erwartet. Der Chef der bolschewistischen Delegation, Kraßin, ist gestern in Dorpat wieder eingetroffen, wie es heißt, mit einer in bezug auf die Grenzfragen entgegenkommenden Antwort der Sowjetregierung.

Wie aus Helsingfors gemeldet wird, wurde auf dem allrussischen kommunistischen Kongreß in Moskau u. a. das Verhältnis der Partei zu den Sowjetorganen diskutiert. Eine Reihe von Rednern griff die augenblickliche Politik der Nätergierung auf das heftigste an und stellte namentlich die Forderung größerer Einigkeit innerhalb der Leitung. Es wurde ferner ein Vorschlag auf Aufhebung des exekutiven Zentralkomitees und dessen Ersetzung durch ein Präsidium der Nationalmilitare erlassen. Nach einer Rede Lenins wurde jedoch die Tätigkeit des exekutiven Komitees gebilligt. Unter anderen Fragen wurde die Transport- und die Teuerungsfrage behandelt.

Letzte Meldungen.

Amsterdam, 18. Dezember. „Morning Post" erklärt, daß es jetzt so gut wie sicher sei, daß der Vertrag von Versailles am 1. Januar in aller Form ratifiziert sein und der Völkerbund infolgedessen automatisch in Kraft treten werde. Der Rat des Völkerbundes werde vermutlich am 7. oder 8. Januar in Paris zusammentreten. England werde durch Lord Curzon vertreten sein. Der Rat werde sich nächst der Saarfrage mit der Ernennung eines Oberkommissars für Danzig befassen und wahrscheinlich Sir Reginald Tower in dieser Würde bestätigen.

Frankfurt, 18. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die Eisenbahndirektion Mainz wird für die besetzten Gebiete die sonntägliche Fahrscheinsperre aufheben müssen.

Zum Tode Reimar Hobbings.

Aus Anlaß des Hinscheidens unseres Verlegers Reimar Hobbing ist unserem Verlag eine Reihe weiterer Kundgebungen zugegangen, von denen wir die folgenden wiedergeben:

Reichsfinanzminister Erzberger schreibt uns:

„Wenn je, so ist hier das Bedauern über allzu frühes Hinscheiden am Platze. Herr Hobbing ist in der Blüthe seines Schaffens abberufen worden; er hat bis zum letzten Augenblick, wie mir bekannt ist, an neuen Plänen gewirkt. Ich empfinde seinen Tod tragisch, nicht nur für die Familie und das Unternehmen des Heimgegangenen, sondern auch für das gesamte deutsche Volk. Denn sein Plan war der, am Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes in der Welt mit allen Kräften mitzuwirken. Ich gebe mich oder der trostvollen Hoffnung hin, daß das Werk dieses von mir hochgeschätzten Mannes, der stets ein Verbild rastlosen deutschen Unternehmergeistes gewesen ist und mit dem Reichtum seiner Ideen ein großes Verständnis für die sozialen Erfordernisse der Zeit zu verbinden gewußt hat, erhalten bleibt und in seinem Geist weitergeführt wird."

Geh. Oberpostrat Grosse vom Reichspostministerium sandte das folgende Schreiben:

„Es drängt mich, Ihnen aus Anlaß des Hinscheidens des Herrn Verlegers Reimar Hobbing meine wärmste Teilnahme auszusprechen. Ich beklage es aufrichtig, daß er Ihnen und Ihrem Hause so früh entrissen werden ist. Mit ihm ist ein deutscher Mann dahingegangen, an dessen Schaffenskraft und Unternehmungsgeist sich noch viele und große Hoffnungen geknüpft haben."

Als Vertreter der fremden Presse ließ uns Herr Barisch die folgende Beileidskundgebung zugehen:

„Gestatten Sie, daß ich Ihnen meine aufrichtigste Teilnahme am Ableben Herrn Reimar Hobbings ausspreche. Sie werden nicht daran zweifeln, daß auch ich den Verlust dieses hervorragenden Mannes von ganzem Herzen bedaure. Ich erachtete es als einen besonderen Vorzug, ihm geschäftlich und menschlich näher treten zu dürfen. Sein Interesse an der Aufgabe, die wir uns während des Krieges und nachher gestellt haben, trug wesentlich dazu bei, daß wir sie erfüllen konnten. Er gab mir immer wieder viele überaus wertvolle Anregungen, die seinem nie ermüdenden Geiste entsprangen. Was mir aber immer in aufrichtigster dankbarer Erinnerung bleiben wird, das war die mir oft bewiesene freundschaftliche Gesinnung. So empfinde ich schwer den Heimgang dieses Vorbilds jener Arbeitskraft, des allzeit hilfsbereiten, mir gütig gesinnten Beraters. Mit aufrichtiger Dankbarkeit und größter Verehrung werde ich stets seiner gedenken."

Die Bank für Handel und Industrie schrieb:

„Mit Bedauern erfahren wir, daß der Verleger Ihres geschätzten Blattes, Herr Reimar Hobbing, im besten Mannesalter einer tückischen Krankheit erlegen ist. Wir sprechen Ihnen zu dem schweren Verlust, den Sie durch das Dahinscheiden dieses rüstigen und tüchtigen Mannes erlitten haben, unser aufrichtiges Beileid aus."

Die „Kreuzzeitung" sandte folgendes Telegramm:

„Beim Heimgange Ihres genialen Leiters Reimar Hobbing sprechen aufrichtige Teilnahme aus Verlag und Schriftleitung der „Kreuzzeitung"."

Aus Groß Berlin.

Neue Banknotenreihe. In der nächsten Zeit wird die Reihe 2 in der Banknotenausgabe vom 12. November d. J. beschriebenen Reichsbanknote zu 50 ℳ ausgegeben werden. Sie gleicht der Reihe 1 bis auf folgende Unterschiede: Sie trägt links oben die Reihenbezeichnung „Reihe 2", die Ziffern der Numerierung rechts unten haben einen anderen Schnitt, die Tausender sind durch ein Komma abgeteilt. Die Abbildung, nur „Nummer" hat die Form „№"; nicht, wie bei der Reihe 1, „Nr.".

Weihnachtsbescherung für 500 arme Familien veranstaltet unter Leitung der Kommandeure Degtim die Heilsarmee am Montag, den 22. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Vereinshause, Marienbergstr. Die Armen, darunter je ein Kind von 1 Jahre, bringen je ein Pfund Margarine, Speck, Bohnen, Reis, Hartwurst, Kaffee und Kakao verabreicht werden soll, sind mit Vorsicht von Hellsarmeeoffizieren aus den ärmsten Kreisen auszuwählen worden.

Ein jüdisches Lichtspieltheater hat die Stadt Neukölln eingerichtet. Die umbauungsmäßigen Arbeiten haben nun den Beginn gestellt, dieses Kino aufzugeben und die Räume für Wohnungszwecke zur Verfügung zu stellen. Der Antrag ist zurückgezogen, weil die hohen Kosten, die das Lichtspieltheater erforderte und auch auf Mieterinnen über die Art der Aufführungen. Der Neuköllner Magistrat dagegen unterbreitet den Stadtverordneten einen genauen Kommission angelegt wissen, zu der auch mit beratender Stimme ein Direktor der höheren Schulen, ein Direktor, Rektor und Gemeindeschulleiter und Lehrerinnen hinzugezogen werden sollen.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Deutsche Volkswirtschaft.

Valutakommission. Die ständige Valutakommission, die dem Reichsfinanzministerium bei Entscheidung über alle wichtigen Fragen, die mit dem Valutaproblem unmittelbar zusammenhängen, beratend zur Seite stehen wird, tritt heute zusammen. Ausser den bisher genannten Persönlichkeiten sind in die Kommission berufen worden: Geh. Kommerzienrat Eduard Arnhold, Berlin, Geheimrat Georg Arnhold, Dresden, Geheimrat Deutsch, A. E. G., Berlin, Bankier Loeb, Mendelssohn & Co., Berlin, Bankdirektor Mankiewitz, Deutsche Bank, Berlin, Bankdirektor Nathan, Dresdner Bank, Berlin, Kommerzienrat Rechberg, Haag, Bankdirektor Dr. Schacht, Nationalbank für Deutschland, Berlin, Schriftsteller Schippel, Berlin, Bankdirektor Urbig, Disconto-Gesellschaft, Berlin. Die Kommission wird, um die Arbeitsfähigkeit zu erhöhen, voraussichtlich drei Unterkommissionen bilden.

Aktiengesellschaften.

Die Generalversammlung der Zwickauer Maschinenfabrik in Zwickau beschloss die rechtliche Gleichstellung der zusammengelegten mit den Vorzugsaktien und erhöhte das Grundkapital von 2 auf 3 Million Mark. Die jungen Aktien, die zur Hälfte den laufenden Geschäftsjahres dividendenberechtigt sind, werden dem Chemnitzer Bankverein zum Kurs von nicht unter 115 % übernommen, mit der Verpflichtung, davon 667 000 ℳ den alten Aktionären zum gleichen Kurs im Verhältnis 3:1 zum Bezug anzubieten. Die neuen Mittel dienen zur Stärkung des Betriebskapitals.

Die Lothringer Portlandzementwerke berufen eine ausserordentliche Generalversammlung ein, in der über die Verlegung des Sitzes der Gesellschaft von Strassburg i. E. nach Karlsruhe in Baden Beschluss gefasst worden soll.

Die Niederschlesische Elektrizitäts- und Kleinbahn-Akt.-Ges., Waldenburg i. Schles. erzielte für 1918/19 einen Gewinn von 145 053 ℳ (399 049 ℳ). Die Dividende wird mit 2 % (4 %) in Vorschlag gebracht bei einem Vortrag auf neue Rechnung von 5053 ℳ (50 049 ℳ). In ihrem Rechenschaftsbericht teilt die Verwaltung u. a. mit: Das Geschäftsjahr 1918/19 ist für unsere Gesellschaft ein recht ungünstiges gewesen. Die Aus aben wuchsen weiter, während die Einnahmesteigerung, welche nur auf dem Wege langwieriger Verhandlungen erreicht werden konnte, nicht gleichen Schritt hielt. Der Gesamtanschluss wird ohne Halm betrug am 30. Juni 1919 24 617 111 KW. Bei der Kleinbahn war der Verkehr das ganze Jahr hindurch sehr lebhaft. Die Einnahme aus dem Personenverkehr betrug 1 521 965 ℳ (964 374 ℳ), entsprechend einem Zuwachs von 58 %.

Devisenkurse.

Köln, 18. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Im freien Verkehr der Kölner Börse wurden notiert:

	18. 12.		17. 12.	
Englische Noten	185—184¾	185—184¾	166—185¼	166—185¼
Französische Noten	467—462—467¼		474—470—474¼—474¾	
Belgische Noten	470—474—474¼—476		493—490—489	
Holländische Noten	1810—1820		825—18 0	
Dänische Noten	139—140		143—142	

Amsterdam, 18 Dezember. (Eigenes Drahtbericht.)

	K. v. 18. 12.	17. 12.		K. v. 18. 12.	17. 12.
Berlin	5,57½	5,50	Paris	99,75	96,85
Wien	1,55	1,50	Christiania	54,50	48,10
Schweiz	46,85	47,00	Brüssel	—	—
Kopenhagen	49,00	54,00	Madrid	—	—
Skandinavien	58,00	57,5	New York	2660	2540
London	10,80	10,50	do. (ebenso Auszahl.)	2662½	2540

Kopenhagen, 18. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Am heutigen Valutaamarkt stieg die Reichsmark um 15 Oere, der Dollar bei um 1860 Oere, der Pariser Frank um 100 Oere. Es notierten die Reichsmark 11,40 Kr., der Dollar 580 Kr., der Pariser Frank 55 Kr., der Sterling 20,70 Kr.

London, 17. Dezember.

	K. v. 17. 12.	K. v. 16. 12.
Wechsel auf Deutschland	182,00	181,50
do. Amsterdam kurz	10,04	9,98
do. Paris 3 Monate	89,78	88,85
do. Paris kurz	—	—
do. Brüssel	88,10	88,75

New York, 15. Dezember.

	K. v. 15. 12	13. 12.
Geld auf 24 Std Durchschnittsrate	8½—9	nom.
Geld auf 24 Std. letzte Darlehen	—	—
Wechse auf Berlin (Sicht)	2½	2½
do. auf London (60 Tage Sicht)	4,69,10	4,66,25
do. do. (Cable Transf.)	4,74,85	4,69,35
do. auf Paris (Sicht)	11,37	11,25
Silber in Barren	—	1,31

Lest Grunow Romane

Mk. Marx Müllner ELTVILLE

Theater für Freitag, den 19. Dezember 1919.

Opernhaus. Unter den Linden. 281. Abonnen.-Vorstellung. Kleiner Hans Sachs. Anfang 6 Uhr.

Schauspielhaus. Am Gendarmenmarkt. 132. Abonnen.-Vorstellung. Wilhelm Tell. Schauspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller. Anfang 6½ Uhr. — Sonntag abend: 288. Abonnements-Vorstellung. Maria Stuart. Anfang 6½ Uhr.

Kleines Theater. 71 Uhr: Die unterbrochene Frau.

Kleines Schauspielh. 71 Uhr: Ehe und Musik oder Ihr: Freut Euch des Lebens.

Residenz-Theater. Täglich: Ewchen Humbrecht 71 Uhr. Sonntag 4 Uhr: Hänsel u. Gretel. Sonntag 4 Uhr: Der gute Mut.

Trianon-Theater. Täglich Maskerade. 7½ Uhr. Sonntag 4 Uhr: Aschenbrödel. Sonntag 4 Uhr: Der Lebensschuler.

Volksbühne Theater am Bülowplatz. 71 Uhr: Predigt in Litauen. Sonntag 7 Uhr: Alt von Heidingen.

Welt-Panorama. Neapel, Vesuv, Pompeji. Bayern, Starnberg. Sonst etc. Kinderbeise 50 ₰, Kind nur 10 ₰. Für den Weihnachtstisch! Abonnements: 10 Reisen 2 ℳ.

Winter-Garten. Täglich 7½ Uhr: Variété - Spielplan! Rauchen gestattet!

Reichshallen Theater. Mädchenlich 7½ und Sonntag Nchm. 3 Uhr: Steiniger Sänger. Weihnachts-Prog. Nm. rem. Pr. Reichshallen-Jazz. Schmalz-Brettl. Anfang 7 Sonntag 5 Uhr.

Kurfürst. 12 Kurfürstendamm 12. Wein. Beste Küche. Bier. Lissi Syra, Lotte Kauer, Mario Costa, Ludwig Sandkuhl, Anni von Kellern, Kunst - Humor.

Brillanten. Juwelen, Perlen, Smaragde und Perlenschnüre kauft zu hohen Preisen. M. Spitz, Friedrichstrasse 91/92. BERLIN. zwischen Mittel- und Dorotheenstrasse.

BRILLANTEN. Perlen, Smaragde, sowie Schmucksachen in Platin, Gold oder Silber kauft zu Höchsten Preisen. Besondere Gelegenheitskäufe. W. Agnied, Berlin, Tauentzienstr. 11. Fernspr.: Steinplatz 14969.

Platin pro Gramm ℳ 112.—, Silber und Brillanten kauft A. Loos, Berlin W., Mauerstr. 13.

Zum Weihnachtsfest. Herren-Wäsche — Krawatten. Handschuhe für Damen und Herren in grösster Auswahl. VOLLMER. Schöneberg, Akazienstr. 7. Tel. Stephan 4882.

Ankauf von Juwelen. Perlen, Smaragden usw. Magraf & Co. G. m. b. H. Kanonierstr. 9.

Ankauf wertvoller Antiquitäten. ALTKUNST G. m. b. H. Wilhelmstr. 49 A. Zentr. 3495.

Gold, Silber, Platin in jeder Form, auch alt, zu höchstem Tagespreise, sofort bar. Franz Urbaschek. Gold- und Silberscheideanstalt. SW. 68, Markgrafenstraße 22.

Für unsere Kleinen! Das neueste Märchenbuch von Frida Schanz. Wie unsere Märchen weitergehen. Mit 12 ganzseitigen farbigen Lithographien. Mark 9,— + 10 % Buchhändler-Aufschlag. Zu haben in den Buchhandlungen oder direkt vom Verlag. HYDRA-VERLAG. Berlin C 2. Baillet & Co. Burgstr. 30. Geschäftszeit 9—5 Uhr.

Loses Blatt-Buch „Atlas". Einzigstes System mit Blätterkontrolle. Verlangen Sie kostenlose Vorführung. Vertreter gesucht. Fritz Eilers junr. Dieteleb.

Perser und Deutsche Teppiche. Möbelstoffe, Gardinen, Läufer, Tischdecken und Diwandecken empfiehlt. Teppich-Spezialhaus. Emil Lefèvre. Berlin Sud. Seit 1882 nur Oranienstr. 158.

Liesegang & Kosch G. m. b. H. Magdeburg Hamburg Wien. Technische und elektrotechnische Bedarfsartikel für Fabriken, Berg- u. Hüttenwerke, Eisenbahnen usw.

Kaufe gutsitzende Damen- u. Herrenanzüge, Herrensachen, Nachlässe. Guische, Weinstrasse 7. Telephon Moritzplatz 8508.

Detektiv Hauschild. Polizeiberichtsmeister a. D. Hochsicht., Kriminal. Berlin, Friedrichstr. 183, Tel. 9691.

Elefuss der elektrisch geheizte Fuss-Sack. macht kalte Zimmer erträglich. Fabrikat Dr. Heilbrun. Berlin-Nowawes. Zu haben in guten elektrischen Geschäften.

Trauringe. Dukatengold 900. 14 kar. Gold. 585 gestempelt. 8 kar. Gold von M. 29,25 an. Verkauf direkt an Private! Goldwaren-Fabrik Weinstock G. m. b. H. Zentrale: Mohrenstr. 16 am Untergrundbahnhof Friedrichstrasse. Alexanderstrasse 14 a, Kottbuser Damm 24, Charlottenburg, Stuttgarter Platz 5, Tauentzienstr. 6, Schöneberg, Grunewaldstr. 15. Achtung! Geöffnet von 9—6. Kein Laden!

Alexander Carlebach & Co. Hamburg. An- u. Verkauf von Wertpapieren. Auf Wunsch Zusendung von Börsenberichten.

Kinderwagen, preiswert. bei SOEHLKE G. m. b. H. Markgrafenstr. 49.

Harmoniums. Flügel und Pianos. Grosse Auew. in Jed. Preisl. Frko. Lief. Jed. disch. Bahnstat. Roth & Junius, Pianofabrik. Brandenburgstr. 72/73. Berlin S. 29.

Rheumacitin. Marke „Elsaja". wird von sächsische u. rheumatische Leiden mit Erfolg verwandt. Pelikan-Apotheke, Berlin, Leipziger Straße 90, an der Gedächtniskirche. Telefon: Zentrum 3755. Prospekte gratis.

Die Vaterländische Bücherei. in 8 starken Bänden, mit über 2000 Seiten, vielen hundert zum Teil ganzseitigen Illustrationen, Titelgraburen, Bildertafeln u. Plänen von Adolph von Menzel, Professor Arthur Kampf u. a. auf bestem Friedenspapier gedruckt, in schönen, haltbaren Einbänden, zum Preis von 132 M. bei monatl. Zahlg. von 10 M.

Wie wird das Jahr Brot u. Schuh? bezahlen. Aber man muß die Lasten teilen helfen. Jeder, der Pfennig u. Mark für das Vaterland hat, muß alles daran setzen. 1757. Friedrich der Große.

Wie Deutschen fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt. 1888. Otto v. Bismarck.

Bd. I/II. Ausgewählte Werke Friedrichs des Großen. Mit über 130 Illustrationen von C. v. Menzel, hrsg. von Dr. Otto Scharwächter u. A. Gehrig. Inhalt: Die Geschichte des Hauses Brandenburg. Die Jugendjahre. Die Kriegsjahre. Die Friedensjahre. Die Kriegsjahre. Die Friedensjahre. Die Kriegsjahre. Die Friedens